

Inhalt

Zu diesem Heft	3
Global Action Day zum IWF-Gipfel in Prag	4
Totgesagte leben länger - Das Blaue Welt Archiv	6
Was hat der braune Mob in der schwarzen Szene zu suchen?	8
Der neue Antifaschismus der Berliner Republik?.....	12
Nazi-Terror in Sachsen-Anhalt.....	15
Legaler Tummelplatz für Neonazis	18
Vom Regen in die Traufe - 10 Jahre deutsche Einheit.....	20
Das Schwarzbuch des Kapitalismus - Rezension.....	24
Zeitungsschau	26
Mit Blut besudelt - Daimler Benz in Argentinien	32
Dies & Das - Kurzmeldungen	34
Termine.....	36
Adressen.....	39

Zu diesem Heft

So, geschafft. Der Störenfried ist keine Eintagsfliege mehr! Nachdem nicht nur wir zunächst auch noch so unsere Zweifel hatten, ob unser Zeitungsprojekt von Dauer sein wird, haben wir jetzt den Beweis erbracht: Heft Nummer 2.

Der AutorInnenkreis ist etwas größer geworden (wenn auch nicht in dem Maße, wie wir uns das gedacht hatten - aber das lag sicher an der Urlaubszeit), es gibt mehr lokale Termine und Nachrichten über verschiedenste Aktivitäten in diesem unserem Bundeslände. Auch wird in Zukunft das Blaue Welt Archiv (siehe dazu auch den Artikel auf den Seite 6/7) als Herausgeber fungieren, da die bisher an der Redaktion beteiligten Gruppen und Einzelpersonen auch dort beteiligt sind. Der STÖRENFRIED wird also künftig regelmäßig über den Bestand und Neueingänge im Archiv berichten.

Da es in Magdeburg derzeit weder einen linken Buch- noch Infoladen gibt, und es daher einige Mühe bereitet, sich über Diskussionen und Neuerscheinungen auf dem Laufenden zu halten, wollen wir in Zukunft regelmäßig linke Zeitschriften und Neuerscheinungen vom Büchermarkt vorstellen. Den Auftakt bei den Buchvorstellungen bildet eine Rezension des „Schwarzbuch Kapitalismus“ von Robert Kurz, ein Buch, das Diskussionen weit über den Kreis der linken Szene hinaus ausgelöst hat.

Schwerpunkt dieser Ausgabe sollte eigentlich der 10. Jahrestag der sogenannten „Wiedervereinigung“ sein (siehe Beitrag „Vom Regen in die Traufe“), jedoch ist auf Grund des derzeitigen bundesweiten Sturmes der Entrüstung (vor allem

im Blätterwald) über das Nazi-Unwesen auch bei uns eine Verlagerung zu diesem Themenschwerpunkt eingetreten. Dazu gibt es eine unvollständige Chronik (eher wohl die berühmte Spitze vom Eisberg) von Naziaktivitäten im letzten Quartal in Sachsen-Anhalt, einen Kommentar zum plötzlich entdeckten Antifaschismus bei Politikern und in den Medien sowie einen Bericht über die Infiltration der Gruftie-Szene durch Nazitypen.

Weitern gibt es - neben zahlreichen Kurzmeldungen - einen Artikel zu den weltweiten Widerstandsaktivitäten gegen das Gipfeltreffen in Prag sowie einen Bericht zu den Verstrickungen einer deutschen Firma in die Repression gegen Gewerkschaftsaktivisten in Argentinien. Schließlich haben wir auch den PolitikerInnen im letzten Quartal etwas genauer auf die Hände geschaut und so manche Absurdität dabei entdeckt, die wir Euch natürlich nicht vorenthalten wollen.

Wir hoffen, damit eine interessante Mischung von Artikeln zu regionalen und internationalen Ereignissen und Hintergründen getroffen zu haben.

Wir sind auch ständig an weiteren Texten, Terminankündigungen, Veranstaltungsberichten ..., vornehmlich mit - im weitesten Sinne - regionalem Bezug, interessiert. Wer in die Adressliste auf der vorletzten Seite aufgenommen will, ist ebenfalls eingeladen, sich bei uns zu melden. Die nächste Ausgabe wird Anfang nächsten Jahres erscheinen, Redaktionsschluß ist diesmal der 15.12.00.

Eure Störenfriede

Global Action Day

Der Widerstand gegen den IWF-Gipfel in Prag

Zwischen dem 26. und 28. September 2000 werden rund 20 000 Weltbanker, Ökonomen und Investoren in Prag auf der 55. Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zusammenkommen. Es ist das erste Treffen seiner Art in Osteuropa und damit für Tschechien ein Risiko, aber auch eine Chance. Auf der einen Seite haben sie Angst mit Gegenaktionen, BlockiererInnen und DemonstrantInnen nicht fertig zu werden, wie es den USA bei dem WTO-Treffen in Seattle ergangen ist. Dort schafften es zahlreiche Protestierer, die Zugänge zum Tagungsort zu blockieren. Für mehrere Tage herrschte praktisch Ausnahmezustand in der Stadt. Der Polizei gelang es nur durch brutale Härte, den Tagungsverlauf zumindest notdürftig sicherzustellen. Das will man

in Prag unbedingt vermeiden.

Auf des anderen ist es für Tschechien auch eine Chance zu zeigen, daß sie dazu gehören, daß sie "westwürdig" sind, daß sie sehr wohl mit der Lage fertig werden. Seit Monaten schafft die Presse (die übrigens inzwischen schon zu 50% deutschen Verlagen gehört) ein negatives Image von dem Widerstand gegen den WTO in Seattle. Alle Demonstrationen sind während der Zeit des Gipfels sind verboten. Zudem sind während des Gipfeltreffens spezielle Einsatztruppen der Nato im Lande. In Prag-Pankrac, dem Stadtbezirk, in dem sich das Tagungszentrum befindet, wird für zwei Wochen der Ausnahmezustand verhängt. Die Bewohner dürfen in dieser Zeit keinen Besuch empfangen und dürfen nur nach Hause, wenn sie einen Ausweis bei sich



tragen. Für die Schulkinder wurde die Verlegung in Viertel fernab vom Kongreß-geschehen langfristig organisiert, alten Menschen wurde nahegelegt, die Stadt zu verlassen und dafür finanzielle Unterstützung zugesagt. Der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel räumte gegenüber dem IWF-Direktor, Horst Köhler, ein, daß Tschechien „sich auf einen Bürgerkrieg vorbereitet“ und sie von daher froh sind, wenn der Gipfel wieder vorüber ist.

Die Protestierenden werden es also nicht einfach haben, am globale Aktionstag am 26. September an die erfolgreichen Proteste bei den vorangegangenen Global Action Days am 18. Juni und 30. November letzten Jahres und am 1. Mai diesen Jahres anzuknüpfen.

Organisiert wird der Protest in Prag von zwei Bündnissen - von Gewerkschaften und linken Parteien unter dem Motto "Stop IWF" und andererseits von der "Initiative gegen ökonomische Globalisierung - Prag 2000" (INPEG). INPEG ist ein Bündnis aus dem Umwelt-, Menschenrechts-, anarchistischen, sozialistischen und kirchlichem Spektrum. Zwischen beiden gibt es Spannungen, so daß es wahrscheinlich nicht zu einer gemeinsamen Demonstration kommt. Beide Bündnisse rufen aber gemeinsam zu den Aktionen auf.

Als Camp wurde für GegnerInnen des Gipfeltreffens das Fußballstadion angeboten - Chile läßt grüssen! Tschechien wird versuchen zu beweisen, daß es dazu gehört, zum Westen, daß es bereit ist, sich vom Osten abzugrenzen, die Grenzen dicht zu machen. Für die Einwohner ärmerer osteuropäischer Länder wird es schwierig ein Visa für die Zeit des Gipfels zu bekommen. Das gilt z.B. für RussenInnen u. UkrainerInnen.

In Deutschland gibt es eine "Koordinati-on Prag 2000", die von der "JugendUmwelt

Projektwerkstatt" Bad Oldesloe, "Links-ruck" und dem "Netzwerk gegen Konzernherrschaft und neoliberale Politik" initiiert wurde. Unterstützt wird sie vom Freien Zusammenschluß der StudentInenschaften (fzs), der Gruppe "Landfriedensbruch" und anderen Gruppen und Einzelpersonen. Die Koordination hat dabei nur koordinierende Funktion, die auch eine Mobilisierungszeitung, Plakate, Broschüren und Textsammlungen erstellt. Die Aktionen und auch die Unterbringungen werden dezentral organisiert.

Am 10. September startete in Hannover, nach einem Aktionstag am 9. September die "Fahrradkarawane - NixDa2000" mit Ziel Prag. Bereits auf ihrem Weg zur tschechischen Grenze waren sie verschiedensten Repressionen seitens der Behörden ausgesetzt. Die Polizei zeigte entlang fast der gesamten Route eine ausnehmend starke Präsenz. An der Grenze wurde für die Karawane gar extra ein neuer, seperater Übergang vorzeitig in Betrieb genommen.

In Prag findet eine Aktionswoche und Kulturfestival "Art of Resistance" statt. Höhepunkt der Protestveranstaltungen ist der von INPEG organisierte Gegengipfel (22. Bis 24. September) sein. Am 26. September, dem Eröffnungstag der Jahresversammlung, ist "Global action day", an dem weltweit gleichzeitig Protestveranstaltungen stattfinden. Die zentrale Demo in Prag wurde allerdings aus „Gründen der Verkehrssicherheit“ verboten.

Auch in Magdeburg sind im Vorfeld des Gipfels schon einige Veranstaltungen gelaufen, so zum Beispiel eine Aktion vor dem Arbeitsamt. Am 26. September selbst findet eine Demonstration in der Innenstadt statt.

Beteiligt Euch an Protesten, wo immer es geht, damit die Herrn da oben merken, daß wir nicht alles schlucken!!

Totgesagte leben länger

Das Blaue Welt Archiv nach 2jähriger Pause in neuem Domizil

Fünf Jahre ist es nun her, daß das Blaue Welt Archiv seine Arbeit aufnahm. Damals hatten sich verschiedene junge Leute zusammengefunden, um Informationsmaterial zur politischen und gesellschaftlichen Zeitgeschichte zu sammeln und ständig zu aktualisieren, und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dabei beschäftigten sich die MitarbeiterInnen hauptsächlich mit Themengebieten, die in den Massenmedien gar nicht oder nur

unzureichend Beachtung finden und fanden. Nach einem Jahr Vorarbeit war es dann soweit: Das Blaue Welt Archiv öffnete 1997 zum ersten Mal in dem alternativen Jugendwohnprojekt Uhlandstraße 8 für alle Interessierten seine Pforten.

Alle zwei Monate fanden Veranstaltungen zu verschiedenen Themen statt, die sich hauptsächlich an den Schwerpunkten der Archivarbeit orientierten. Im selben Rhythmus erschien ein kleines Blättchen über die Inhalte und Arbeitsweise des Blaue Welt Archivs.

Finanziert wurde das Archiv hauptsächlich aus Eigenmitteln der MitarbeiterInnen und Spenden interessierter Leute, denen es wichtig war, das diese Möglichkeit der politischen Bildung weiterhin bestehen und ausgebaut werden kann.

Als dann im Mai 1999 dem Wohnprojekt U8 die Räumung angedroht wurde, entschlossen sich die MitarbeiterInnen des Archivs dazu, neue Räumlichkeiten zu suchen. Aufgrund unserer nicht gerade rosigen Finanzsituation war es nicht leicht, ein geeignetes (und auch bezahlbares) Objekt zu finden, in dem wir uns wieder niederlassen konnten.

Nach langer Suche stießen wir auf eine Gruppe von Leuten, die seit 1994 mit der Stadt über ein Haus verhandelten. Im Jahr 1995



erhielten sie den Zuschlag und so stand dem Jugendwohnprojekt (vermeintlich) nichts mehr im Wege. Die Sanierungsmaßnahmen des Projektes zogen sich allerdings aus den verschiedensten Gründen erheblich in die Länge, so daß das Objekt erst zum 01.07.2000 bezugsfähig war.

Das Projekt in der Thiemstraße 13, das von dem gemeinnützigen Verein WABE e.V. getragen wird, beinhaltet neben einem Jugendwohnprojekt auch zwei ehemalige Ladenlokale, die für offene Projekte zur Verfügung gestellt werden sollten. In einem dieser Läden hat das Blaue Welt Archiv nun im August 2000 endlich ein neues Domizil gefunden.

Die Ideen, die am Anfang der Archivarbeit standen, wollen wir auch weiterhin mit Leben füllen. Neben der Bereitstellung von Informationen zu verschiedenen politischen Themen sind auch weiterhin Veranstaltungen und Ausstellungen geplant. Hiermit wollen wir einen Rahmen schaffen für Diskussionen und kritische Auseinandersetzung mit Themen, die in der Öffentlichkeit nur zu oft im Hintergrund stehen. Des weiteren wird der Störenfried, den ihr gerade in den Händen haltet, nun durch das Blaue Welt Archiv herausgegeben.

Schwerpunkt unserer Arbeit sind gesellschaftliche, politische und soziale Entwicklungen in der Bundesrepublik und Europa, der Dritten Welt und auf anderen Kontinenten sowie die Geschichte und Gegenwart linker und sozialer Bewegungen.

Leider wird es noch eine Weile dauern, bis wir regelmäßige Öffnungszeiten anbieten können, da noch eine Menge Arbeit zu tun ist. Wir werden Euch aber rechtzeitig darüber informieren. Wenn Ihr Euch für die Mitarbeit im Archiv interessiert, schaut doch einfach mal auf unseren wöchentlichen Treffen vorbei, immer mittwochs um 19.30 Uhr in der Thiemstr.13!

Wie Ihr Euch sicher vorstellen könnt, benötigen wir für die Archivarbeit eine Menge Geld. Heizung und Strom für das Ladenlokal, Zeitschriftenabos, Öffentlichkeitsarbeit, Fahrtkosten für ReferentInnen – all das kostet. Momentan wird dies von den MitarbeiterInnen des Projektes, vorwiegend Studierende und Azubis getragen, deren Mittel sehr begrenzt sind. Deshalb sind wir auf Unterstützung angewiesen. Wenn Euch unsere Arbeit interessiert oder Euer Geldbeutel gerade besonders dick ist, würden wir Euch für eine Spende sehr dankbar sein.

Ich möchte gern Fördermitglied werden und spende monatlich

..... DM

an das Blaue Welt Archiv.

Ich möchte das Blaue Welt Archiv mit einer einmaligen Spende in Höhe von

..... DM

unterstützen.

Ich finanziere ein Abo der Zeitschrift

.....

(Bitte vorher mit uns in Verbindung setzen, damit Doppelbestellungen vermieden werden.)

Unsere Bankverbindung:

Konto-Nr.: 38 253 146

BLZ.: 810 532 72

(Stadtsparkasse MD)

Kennwort: Blaue Welt Archiv

Was hat der braune Mob in der schwarzen Szene zu suchen?

Das Wave-Gothic-Treffen in Leipzig

Bereits seit 9 Jahren findet das Wave-Gothic-Festival am Pfingstwochenende in Leipzig statt. Zunächst wurde sehr klein begonnen. An nur einem bzw. wenigen Veranstaltungsorten fanden Konzerte verschiedener Bands aus der schwarzen Szene statt.

Aber mit der Zeit wurde aus dem unkommerziellen und zum größten Teil unpolitischen Treffen eine Massenveranstaltung, die auch von der rechten Szene als Werbeveranstaltung, als Möglichkeit angesehen und ausgenutzt wurde, um in der teilweise recht unpolitischen und naiven Gruftie-Szene Fuß zu fassen. Vor allem in den vergangenen Jahren wurde diese Entwicklung immer auffälliger, egal ob man sich die Diskussionsveranstaltungen, die Verkaufs- und Informationsstände, die Bands oder auch das Outfit verschiedener Leute ansah und sich andere Festivals und Konzerte ansieht.

Auch die Sicherheit auf Zeltplätzen oder vor und in den Konzerten wurde vor allem für die politisch links enga-

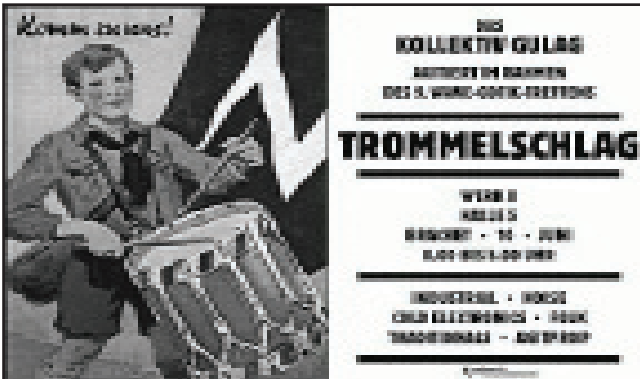
gierten Schwarzen unsicherer. Es wurde nicht geredet oder vernünftig diskutiert, stattdessen nutzte die eindeutig rechte Security ihre Stellung aus, so daß es häufig zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam.

Zum diesjährigen Treffen

Ganz abgesehen von der miserablen Organisation dieser Massenveranstaltung konnten die ersten Kontakte mit rechten Anhängern bereits am Eingang der Zeltplätze geknüpft werden, so daß man sich gleich an die Pöbeleien für die kommenden Tage gewöhnen konnte. Aus den Ankündigungen verschiedener Zeitschriften bzw. auch eindeutigen Hinweisen von "Grufties gegen Rechts" war lange bekannt, dass bei diesem Treffen mehr Nazis als sonst anzutreffen sein werden. Schon allein ein Blick in das "eingedeutschte" Programmheft sprach für sich. So wurde ein Veranstaltungsort eingepflanzt, wo das Festival "Lichttaufe" mit zum größten Teil rechten Bands,

wie Allerseelen, Death in June, Von Thronstahl u.a. – stattfand. Zum Glück wurde der Veranstaltungsort für die "Lichttaufe" mit der Bekanntgabe der Pleite des Veranstalters als erstes gestrichen.

Aber die Nazis sind trotzdem auf ihre Kosten gekommen. So konnten sie das Tref-



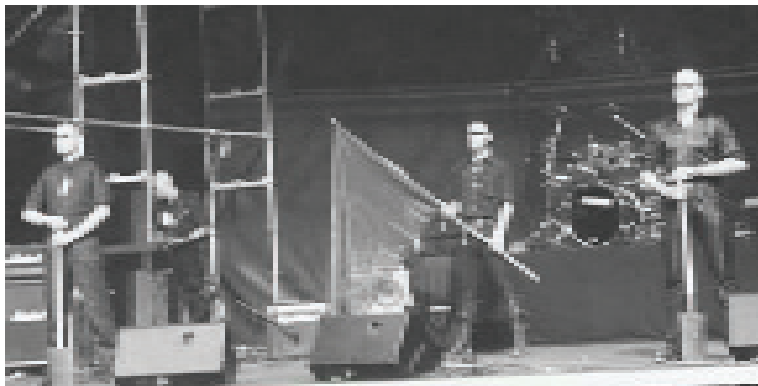
fen beim gemütlichen Zusammensein am Lagerfeuer im "Heidnischen Dorf" mit ihrer Musik ungestört beenden. Dort traten unter anderem Death in June, Dies Natalis, Scivias, Theni ..., auf.

Eine eindeutig rechte Band konnte ihren Auftritt trotz Protesten im Vorfeld ungehindert durchführen - und zwar "Von Thronstahl". Nicht nur die "Grufties gegen Rechts" sprachen sich öffentlich gegen sie aus, auch die Stadt Leipzig hatte sich

gegen einen Auftritt der Band geäußert. Sie sprach sogar ein Verbot aus. Trotzdem führten sie ihr Konzert durch. Sie umgingen das Verbot, in dem sie ihre Musik vom Band laufen ließen und sich dabei demonstrativ mit der "Schwarzen Sonne" auf der Bühne feiern ließen (siehe Foto). In einem Bericht der Sendung Aspekte (ZDF) wurde ein Interview mit Josef Klumb (J.K.), Frontman von "Von Thronstahl" ausgestrahlt, in dem er sich eindeutig als Faschist bezeichnete. Auch die Fans, die dort zu sehen waren, stammen hundert prozentig aus dem rechten Lager - z.B. blonde Mädchen in Uniformen des BDM (Bund Deutscher Mädels).

In einem Bericht in der "Jungen Freiheit", einer Berliner Wochenzeitung, in der in- und ausländische Rechtsextremisten regelmäßig zu Wort kommen, behauptet J.K. sogar, dass die schwarze Szene von den Linken zu unterwandern versucht wird. Dabei weiß ja wohl jeder,

dass diese Szene sich aus dem Punk entwickelt hat. Wie kann es dann sein, so Klumb, daß "wir (die Rechtsextremen - d.V.), denen man diese Unterwanderung vorwirft, sind schon seit Anbeginn Bestandteil der Szene." - Sind wir also alle unwissentlich Nazis ??? Wohl nicht!!!



Von Thronstahl

Die Geister, die ich rief

BROSCHÜRE

DER

GRUFTIES GEGEN RECHTS

u. a. mit:

Der rechte Kulturkampf, VAWS, Das Europakreuz, Sigill, Zinnober, Haggal, Arun Verlag, Allerseelen, Blood Axis, Dagda Mor, Death in June, Fire & Ice, Der Blutharsch, Boyd Rice, NON, Waldteufel, Bullshit Detector, Ideologische Ansätze, Interview mit Kadmon, Heiden und Rechts, Kunst und Verantwortung.

Bitte sendet DM 6,50 in Scheinen und/oder Briefmarken an:
Grufties gegen Rechts Bremen/
Music for a new Society
Kulturzentrum Schlachthof
Findorffstr. 51, 28215 Bremen

Aufruf

Angesichts der Tatsache, daß sich auch in Teilen der Dark Wave/Gothic-Szene in den letzten Jahren rechtsextreme Tendenzen breit gemacht haben (wie auch schon in anderen Subkulturen und Teilen der Gesellschaft geschehen), wollen wir uns als Teil dieser Szene hiervon öffentlich distanzieren. Gerade weil wir wissen, daß es unsinnig ist, die ganze Schwarze Szene als rechts abzustempeln, halten wir es für unabdingbar, sich klar von rechten Inhalten, Strömungen, Bands, Zeitungen, Vertrieben und Labels abzugrenzen. Rechtsradikale Bestrebungen innerhalb unserer vielfältigen Subkultur dürfen genausowenig wie in Politik und Gesellschaft geduldet werden.

Angesichts der nach wie vor beinahe täglichen Angriffe auf Nicht-Deutsche, Andersdenkende und Andersaussehende, der wiederkehrenden Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien, der verbreiteten Gleichgültigkeit oder gar Akzeptanz gegenüber diesen Entwicklungen in der Gesellschaft und leider auch in großen Teilen unserer Szene erklären wir hiermit öffentlich unseren Widerstand gegen die Versuche von "Neuen" Rechten und Neonazis in der Schwarzen Szene Fuß zu fassen. Wir wollen nicht zu Versuchskaninchen des in den 90er Jahren von rechten Ideologen erklärten "Kulturkampfes" werden, für die unsere Subkultur nur Mittel für ihre Zwecke ist.

Als Unterzeichner weigern wir uns, Rechten in der Szene öffentlichen Raum zu geben. Daher werden wir als DJ's keine als rechts einzustufenden Bands auflegen - auch nicht auf ausdrücklichen Wunsch. Als unterzeichnende Bands wehren wir uns gegen die Vermarktung unserer Kunst durch Unternehmen, die dem rechten Spektrum zuzuordnen sind. Die unterzeichnenden Zeitschriften und Fanzines drucken keine Anzeigen von ebensolchen ab. Als Plattenhändler und Vertriebe verkaufen wir keine rechten Produkte. Wir fordern aber auch alle anderen Bands, Djs, Magazine, Fanzines, Vertriebe und Labels auf, sich klar von den Unterwanderungs- und Vereinnahmungsversuchen durch rechte Ideologen abzugrenzen und sich nicht wie oft üblich auf vermeintlich unpolitische Positionen zurückzuziehen oder nebulös auf Kritik oder Fragen zu reagieren.

Unterzeichner Geisteraufruf (Stand 15. 06. 00):

Djanes & Djs: Arne (Mannheim), Caluna (Bremen), Edge Hog (Bremen), Eric (Bremen), Falk, Markus, Micha, Matze, (Gotenklang, Rostock), Jennifer (Bremen), Kersten (Bremen), Kerstin (Undercover of Darkness, Münster), Liane (Stuttgart), Lecter (Helter Skelter, Karlsruhe), nobelow (Berlin), Penetralia Schizophrenia T. Error (Heidelberg), Vincent van Goth (Berlin); Bands: Attrition (UK), Rabea Lange, Tom & Thomas W. von Cadra Ash (Essen), Deine Lakeien, Das Ich (Wirsberg), Dirk Ivens (Sonar, Dive, ex The Klinik, Belgien), E-Craft, Einstürzende Neubauten (Berlin), Head on Fire (Berlin), Kontrast (ex Isecs, Diepholz), La Locust Erotique (Bremen), Lacrimosa (Schweiz), Laudanum (Düsseldorf), Lichtmaschine (Bremen / Berlin), Love Like Blood (Geislingen), Mila Mar (Göttingen), Murder At The Registry (Braunschweig), Prager Handgriff (Herdecke), Shade of Shambles (Berlin), Goethes Erben, Klirrfaktor; Fanzines, Zeitschriften, Verlage: Helter Skelter Club Guide (Karlsruhe), Miranda Verlag (Bremen); Label, Vertriebe: Ausfahrt Musikverlag (Halle/Westfalen), Freibank (Hamburg), Hall of Sermon (Schweiz), Weser-Label (Bremen), Jump Up Schallplattenversand (Bremen), Drone Records (Bremen); Veranstalter, Veranstaltungsorte: Change Music (Bremen), Hölle Musik Club (Karlsruhe), Mash Club (Landau), Jugendzentrum Piranha (Mannheim), Diskothek Römer (Bremen), Kulturzentrum Schlachthof (Bremen); Läden: Überschall (Bremen); Sonstige: "Black Metal Art" (DJ Gunnar), im Offenen Kanal Oldenburg, Der Vorstand von Radio T - Freies Radio in (Chemnitz), Die Gruppe (Magdeburg), Susann Lewerenz (Freies Sender Kombinat Hamburg), Radio T - Freies Radio in Chemnitz, Redaktion "Schattenklänge" im Freien Radio für Stuttgart, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der AntifaschistInnen Bremen (VVN-BDA)

Neue UnterstützerInnen des Aufrufs sind erwünscht.

NPD-Aufmarsch zum xten...

Magdeburg, 17.06.2000. Wieder einmal marschierte die NPD - diesmal mit der Parole "Gegen EU und Großkapital für die deutsche Industrie" - durch die Stadt. Ca. 300 Leute liefen wie gewohnt lautstark mit ihren Parolen in Reihe und Glied ihre geplante Strecke - geschützt von der Polizei - entlang.

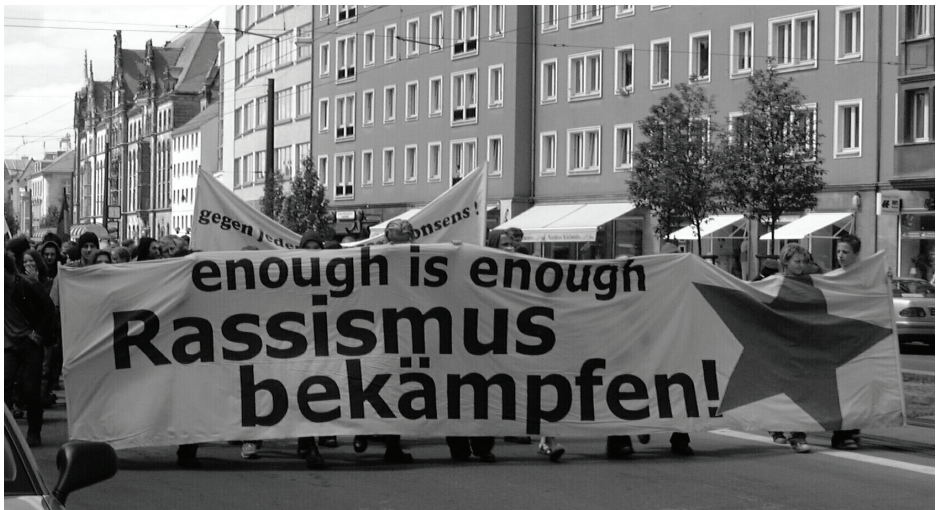
Trotzdem gelang es einigen Linken, diesen Marsch anzugreifen. Mit Leuchtspurgeschossen wurde der Demozug am Schleiufer erfolgreich attackiert. Zuvor war bereits die gesamte Demoroute der Nazis mit Antifa-Plakaten zugekleistert worden.

Zeitgleich mit dem Naziaufmarsch organisierte das "Bündnis gegen Rechts" zur Gegendemonstration unter dem Motto "Buntes Leben statt brauner Aufmärsche" und zeigte Präsenz in der Innenstadt, während sich die Nazis mit einem innerstädtischen Randgebiet zufrieden geben mußten. Es beteiligten sich knapp 500 Menschen an der Gegendemo, darunter auch einige wenige Bürger, die sonst nicht auf Antifa-Demos erscheinen. So war z.B. das Landestheater mit einer eigenen Musikkapelle vertreten,

und der Elbuenpark nutzte die Gunst der Stunde, um von einem Lastwagen im Demozug aus Eigenwerbung zu betreiben.

Zu erwähnenswerten Vorkommnissen kam es im Verlauf der linken Gegendemo nicht. Der Zug wurde stellenweise durch kurze Sitzblockaden aufgehalten, die aber im Einvernehmen zwischen Magdeburger Arbeitskreis Antifaschismus (AKA) und der Polizei nach kurzer Dauer wieder aufgehoben wurden.

Allerdings müßte mensch sich schon mal überlegen, ob solchen Naziaufmärschen, die gerade auch in Magdeburg immer zahlreicher und lästiger werden, nicht wirksamer begegnet werden könnte. Vielleicht folgen ja tatsächlich ein paar BürgerInnen den Aufrufen der PolitikerInnen nach mehr Zivilcourage gegen rechte Gewalt und schließen sich bei nächsten Mal einer Blockade der Demoroute der Glatzen an. Wenn sich auch so mancher Otto Normalbürger auf die Straße setzt, dürfte das Risiko einer Auseinandersetzung mit der Polizei erheblich geringer ausfallen...



Der neue Antifaschismus der Berliner Republik?

Was ist los in Deutschland? Politiker und Medien haben plötzlich den deutschen Normalzustand erkannt und den Nazi-Mob auf die Titelseiten katapultiert. Plötzlich werden sämtliche neonazistischen Übergriffe ausführlich dokumentiert und diskutiert, die nur wenige

“Die Sprache, die Politiker aller Parteien in den Kampagnen gegen das Asylrecht, das Einbürgerungsrecht, oder gleichgeschlechtliche Lebensweisen verwenden, sind eingefundenes Fressen für die Rechten.”

Safer Cinar, stellv. Vorsitzender der türkischen Gemeinde in der BRD

Wochen zuvor kaum einer Erwähnung wert waren. Wenn überhaupt kamen sie allenfalls in den Kurzmeldungen oder im Lokalteil der Tageszeitungen vor.

Aber nicht etwa die Sorge um das Leben der hierzulande lebenden AusländerInnen treibt Politiker und Redakteurinnen, der neofaschistischen Gefahr den ihr schon längst gebührenden Raum im Sendeprogramm oder Feuilleton einzuräumen. Nein, das Hauptproblem bei den feigen Mordanschlägen ist die damit verbundene Rufschädigung des Standortes Deutschland. So wie sich Polte um die Attraktivität Magdeburgs für ausländische Investoren sorgt, beschwören BundespolitikerInnen jeglicher Couleur ihre WählerInnen, sich der Gefährdung des Standortes Deutschland durch rechte Schläger entgegenzustellen.

Die Erklärungsversuche für

die bewegen sich wieder im üblichen Spektrum – von einigen Kuriositäten abgesehen. Politiker, Sozialarbeiterinnen und Polizei schieben sich gegenseitig den schwarzen Peter zu, und alle gemeinsam verweisen auf die Gewaltdarstellungen im Fernsehen oder auf die ungehemmte braune Propaganda im Internet. Selbstverständlich muß auch wieder das “SED-Regime” für Erklärungen herhalten, warum die braunen Banden gerade im Osten so prächtig gedeihen. Der “verordnete” Antifaschismus der DDR ist nun verantwortlich für den nicht verordneten Neofaschismus in der BRD. Das Zwangstopf-Sitzen in Kindergärten oder gar die “systematische Entchristianisierung” (so die CDU-Abgeordnete Katherina Reiche) werden für die Verrohung ganzer Generationen im Osten Deutschlands haftbar gemacht.

Die vorgeschlagenen Abhilfen bewegen sich zum großen Teil dann auch auf diesem Niveau. Die Wildecker Herzbuben sollen gegen die Gefahr von Rechts anjodeln, Lehrer auf Weiterbildungslehrgänge geschickt werden und die Jugendlichen mit mitternächtlichen Fußballspielen von der Straße geholt werden. Auch ein

Verbot der NPD und eine verstärkte Unterwanderung der rechten Szene (Berlins CDU-Innensenator Werthebach) wird in Erwägung gezogen. Sie stellen jedoch letztendlich nichts anderes dar, als die Reaktion auf die verdrängte eigene Mitschuld am rassistischen Normalzustand. Das Ergebnis all dieser Aktionen

“Deutschland gehört heute zudenbuntesten undoffenstenLändern der Welt.”

Bundespräsident J. Rau in seiner „Berliner Rede“ im Mai 2000

wird wohl eher eine Bestätigung des Erfolges der nazistischen Wühlarbeit sein, als zu seiner Eindämmung beitragen.

Die wirklichen Ursachen nimmt kaum jemand wahr. In einer Gesellschaft, die sich den rücksichtslosen Kampf Aller gegen Aller – natürlich zum “Wohle der Gemeinschaft” – auf die Fahnen geschrieben hat, bedeutet das Treiben der Nazis nur die logische Konsequenz der neoliberalistischen Politik der etablierten Parteien. Nach Jahren der Entschärfung des sozialen Verteilungskampfes bricht dieser auch hierzulande wieder mit immer ungehinderter Brutalität aus. Mit den Verlierern der Leistungsgesellschaft (und dazu zählt die Mehrheit hierzulande – auch viele mit Mittelklassesewagen in der Garage) wächst auch die Zahl derer, die mit dem “demokratischen Rechtsstaat” unzufrieden sind. Soweit eine durchaus nachvollziehende Reaktion. Die Frage ist aber nun, wie gehe ich mit dieser Unzufriedenheit um? Die Masse der Menschen frisst ihren Frust in sich hinein und versucht allenfalls noch zu bewirken, daß ihre Nachkommen mal das erreichen, was sie selbst nie erreichen konnten. Sie hegen zumeist einen dumpfen Groll gegenüber die wahren oder vermeintlichen Schuldigen an ihrer Lage, fügen sich aber meist in ihr Schicksal. Durch ständig neuen Konsum versuchen sie, sich für ihr verpfushtes Leben zu entschädigen.

Jedoch gibt es auch noch andere Optionen.

Die normalste Reaktion – so sollte man jedenfalls annehmen – wäre der Versuch, gegen die Ursachen der Misere anzugehen. Jedoch braucht man dazu auch den Glauben, an der Durchführbarkeit von Veränderungen und natürlich KampfgefährtnInnen. Und für die Dauerhaftigkeit von Widerstand braucht es nicht zuletzt einer weitergehenden Motivation, um nicht zu sagen einer Utopie. Und da sieht es derzeit ziemlich mau aus. Die Linke hat es seit dem Zusammenbruch der stalinistischen Regime nicht vermocht, eine gangbare Alternative jenseits des kapitalistischen

“So einfach wird es nichtmehrsein, unsmit
lichterkettenniederzu-
nageln.”
Haider im “Mittags-
journal” vom
7.12.94

Systems überzeugend aufzuzeigen.

Mit den schwindenden materiellen Ersatzbefriedigungen wächst derzeit aber gerade die Zahl derer, die ihren Frust an Menschen auslassen, die sich in der Regel in einer noch





Magdeburg am 17.6.00

bescheideneren Situation befinden. Das sind in erster Linie Ausländer, aber auch Punks oder sonstig gesellschaftlich stigmatisierte, wie z.B. Obdachlose oder Behinderte. Viele bedürfen dazu auch keiner weiteren ideologischen Begründung für ihr Treiben. Die Reaktion der jugendlichen Schläger ist ein nur wenig verzerrtes Spiegelbild des alltäglichen Sozialdarwinismus im Kampf um einen

Anteil am großen Kuchen – jedoch mit weit verheerenderen Auswirkungen für ihre Opfer.

Andere wiederum versuchen, sich die passende Weltanschauung als Begründung für ihr Tun zurechtzubasteln.

Versatzstücke aus Nationalsozialismus, von Nationalrevolutionären a la Strasser oder Ku-Klux-Klan-Rassismus ergeben die gefährliche Ideologie, die auch weniger dumpfbackige Menschen in die Arme der Rechtsradikalen treibt.

Begünstigt wird das Verhalten der Rechten letztendlich durch die Egoismusfördernden Strukturen der Gesellschaft. Dem Treiben der Nazis kann daher nur durch systemverändernde Maßnahmen wirksam Einhalt geboten werden.

“Stellen Sie sich vor, es gäbe 100 Tote durch linke Gewalt im Alltagsgeschehen. Was es dafür eine Hetzjagd gäbe, da bräuchte man kein Sommerloch 2000, um etwas mehr Repression zu bekommen.“

Thomas Wüppesahl, Bundes-sprecher der “Kritischen Polizisten”

Eine Entschuldigung für das brutale Handeln aber kann und darf es nicht geben! Niemand wird – da mag die Gesellschaft noch so besch... angelegt sein, automatisch zum Arschloch.

Solche Menschen reagieren auch nicht auf Lichterketten oder mehr Freizeitangebote

– jedenfalls nicht in der gewünschten Weise. Zu wirksamer Bekämpfung des braunen Mobs bedarf es ein wenig mehr...

Aber gottseidank ist 2000 nicht gleich 1932. Im Gegensatz zu den 1930er Jahren, so möchte man meinen, deckt sich diesmal das Interesse der Wirtschaft nicht mit denen der Nazis. In einer globalisierten Welt behindert Fremdenfeindlichkeit der Einwohner die Interessen der Unter-

nehmer an wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland bzw. auch die des Staates an ausländischen Investoren. Jedoch ganz so einfach scheint mir das nicht. Auch heute erfüllt der Rassismus eine ökonomische

Funktion, nämlich die der Teilung der Unterschichten in gegenseitig konkurrierende Ethnien. Nur dürfte heute die größte Gefahr von einem weißen Rassismus der Länder der Metropolen ausgehen, einer “Internationale” von Blood & Honour, White Power, Hammerskins ... Hier besteht durchaus die Möglichkeit, daß sich deren Wege mit denen der internationalen Konzerne kreuzen und dann wieder solch gefährliche Allianzen wie im Dritten Reich Wirklichkeit werden.

Nazi-Terror in Sachsen-Anhalt

Eine unvollständige Chronik

16. September, Plötzky

Sinti und Roma-Camp angegriffen

Mehrere alkoholisierte Jugendliche haben in der Nacht die an einem See im Kreis Schönebeck campierende Gruppe von Sinti und Roma angegriffen und deren Mobiliar zerstört. Die Polizei nahm vier Tatverdächtige fest, die am nächsten Tag wieder auf freien Fuß gesetzt wurden.

9. September, Wittenberg

Überfall auf ein Stadtfest

In der Nacht zum 9.9. griffen mehrere Glatzen aus einer Gruppe von insgesamt rund 40 Nazis heraus zwei Musiker auf einem Stadtfest an. Die Polizei nahm 15 mutmaßliche Täter fest. Bei der anschließenden Durchsuchung mehrerer Wohnungen von Festgenommenen wurde diverses Propagandamaterial beschlagnahmt.

8. September, Burg

Angriff auf Afrikaner II

Sechs Rechtsradikale haben auf dem Bahnhof in Burg zwei Afrikaner angepöbelt und anschließend angegriffen. Gegen zwei der Täter wurde Haftbefehl erlassen.

7. September, Burg

Angriff auf Afrikaner I

Drei Neonazis greifen auf dem Bahnhof Burg zwei Afrikaner an.

6. September, Landsberg

Propagandamaterial beschlagnahmt

Bei einer Verkehrskontrolle Landsberg bei Halle fand die Polizei bei einer Gruppe von Schülern in einem gestoh-

lenen Wagen diverses rechtsextremes Propagandamaterial. Bei den anschließenden Wohnungsdurchsuchungen wurde die Polizei nochmals fündig.

5. September, Halle

Razzia gegen Nazi-Musikversand

Bei einer großangelegten Durchsuchungsaktion fand die Polizei in Halle ca. 40.000 CDs und Videos mit rechtsextremistischen Inhalten. Das meiste Material gehörte einer faschistischen Versandfirma. Deren Inhaber wurde nach der Festnahme jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt.

2. September, Dessau/Sandersdorf

Öffentliche Verunglimpfung eines Naziopfers

Bei der Urteilsverkündung im Prozeß gegen die Mörder des in Dessau zu Tode geprügelten Mosambikaners Alberto Adriano haben zwei Brüder im Zuschauersaal vor laufenden Kameras rassistische Lieder gegrölt. Sie wurden von der Polizei festgenommen. Bei der darauf folgenden Hausdurchsuchung in Sandersdorf bei Wolfen wurden zahlreiche rassistische Hetzschriften und Tonträger gefunden.

26. August, Halle

NPD-Demo unter massivem Polizeischutz

Kaum mehr als 50 Neonazis marschieren unter dem Schutz von 2.000 Polizisten aus mehreren Bundesländern durch Halle. Gegen den Nazi-Aufmarsch demonstrierten über 400 Menschen. Versuche, die Nazi-Route zu blockieren, wurden von der Polizei gewaltsam unterbunden.

18. August, Magdeburg

Syrischer Jugendlicher geschlagen

Zur Mittagszeit ist in Buckau in der Straßenbahn ein 16jähriger Syrer beleidigt und geschlagen worden. Nachdem der Syrer in der Straßenbahn von drei Männern angepöbeln worden war, stieg er aus. Die Männer folgten ihm jedoch, beschimpften ihn weiter und einer der Angreifer schlug dem Syrer gegen die Brust. Der 16jährige konnte leicht verletzt flüchten und zeigte den Vorfall bei der Polizei an.

18. August, Sachsen-Anhalt

Hess-Verherrlichung

Wie auch in anderen Bundesländern wurden zum 13. Todestages des Kriegsverbrechers Hess auch in Sachsen-Anhalt zahlreiche Plakate geklebt, auf denen der ehemalige Hitler-Stellvertreter verherr-

licht wird. So wurden z.B. in Halle bereits 16.8. vier Plakate an einer Liftsaßsäule entdeckt. Außerdem wurden nach Angaben der Polizei in den vergangenen Tagen mehrere hundert Handzettel beschlagnahmt. Auch in einigen Dörfern und Kleinstädten Sachsen-Anhalts, wie z.B. in Möckern, Hohenwarsleben und Irxleben, wurden Plakate und Handzettel mit dem Foto von Hess aufgefunden.

17. August, Salzwedel

Rechtsradikaler Überfall

Mehrere Rechte haben in Salzwedel die Wohnung von Linken attackiert, in dem sie Steine durch das Wohnzimmerfenster warfen. Drei tatverdächtige Rechtsradikale im Alter zwischen 15 und 18 Jahren wurden vorübergehend festgenommen.

12. August, Derenburg (Harz):

Anschlag auf türkisches Restaurant

Unbekannte haben in der Nacht eine Flasche mit Brandbeschleuniger in ein türkisches Restaurant geworfen. Teile des Hauses fing Feuer, einer der Pächter sowie ein Angestellter konnten die Flammen löschen.

Das Gebäude gehört einer italienischen Familie, die bereits 1997 Anzeige erstattete, da die Wand des Imbiß-Kiosks sowie Autos mit Hakenkreuzen beschmiert und die Autoreifen zerstochen worden waren. (aka)

11. August 2000, Magdeburg

Verunglimpfung von M. Benjamin

Bei einem offenen Diskussionsforum der PDS im Internet



soll der kürzlich verstorbene PDS-Politiker Michael Benjamin mit rechtsextremen Äußerungen verunglimpft und dessen Familie bedroht worden sein.

Der Beitrag wurde aus dem Magdeburg Internetcafe „Cyberspace“ abgesandt. Die Polizei nahm die Ermittlungen auf. (aka)

09. August, Wittenberg

Rechte Brandstifter festgenommen

In Wittenberg wurden drei Jugendliche der rechten Szene im Alter von 18 und 19 Jahren vorläufig festgenommen, die verdächtigt werden, Ende Juli einen Brandanschlag auf ein China-Restaurant in Wittenberg verübt zu haben. Diese gaben die Täterschaft am Brandanschlag zu, und führten Fremdenfeindlichkeit als ihr Motiv an.

07. August 2000, Magdeburg

NPD-Kreisverband Magdeburg mit eigener Homepage.

Der unter anderem auf der Gedenkveranstaltung für die Opfer der Zerstörung Magdeburgs im Zweiten Weltkrieg in Erscheinung getretene Kreisverband der NPD, verfügt über eine eigene Homepage. Außer einem „Ups is noch in Arbeit“-Kommentar und einem pixeligem Baustellenschild ist jedoch noch nichts zu sehen. Inhaber der Domain ist Jens Bauer. (aka)

22. Juli, Magdeburg

Nazi-Übergriff auf zwei Vietnamesen

Zwei Vietnamesen wurden am späten Sonnabendabend in Magdeburg Neu-Olvenstedt von 10 bis 15 Jugendlichen angepöbelt. Als die beiden darauf nicht reagierten, wurden sie von den Rechten verfolgt, so daß sie flüchten mußten. Den Verfolgern gelang es dennoch die jungen Männer zu stellen und sie mit Tritten und Schlägen zu traktieren, dabei erlitten die Opfer Prellungen und Hautabschürfungen. Die Tatverdächtigen konnten

unerkannt fliehen. Die Volksstimme (vom 25.7.) berichtet von den Reaktionen der OlvenstädterInnen, denen es ziemlich egal ist, wer die „Reisfresser aufgemischt“ (O-Ton einer „jungen Mutti“ am Olven 1) hat. Aber auch die Volksstimme interessiert sich mehr für den „überregionalen Ruf“ Magdeburgs, der durch die Berichterstattung anderer Tageszeitungen wieder mal versaut werde.

4. Juli, Dessau

Sterbliche Überreste von Alberto Adriano in seine Heimat überführt.

Alberto Adriano wurde zu Pfingsten von drei Nazis im Dessauer Stadtpark so stark verprügelt, daß er wenige Tage später im Krankenhaus verstarb.

18. Juni, Magdeburg:

CDU-Politiker sieht die Ursache für Fremdenfeindlichkeit im Drogenhandel von Schwarzafrikanern.

Gerade mal eine Woche nach dem brutalen Überfall auf den Mosambikaner Alberto Adriano in Dessau, sieht der Hallenser CDU-Stadtrat Kupke die Ursache von Fremdenfeindlichkeit im Drogenhandel von SchwarzafrikanerInnen. Am Freitag wandte er sich in einem offenen Brief an Ministerpräsident Höppner, in dem er ein schärferes Vorgehen gegen afrikanische Drogendealer fordert. „Wenn Afrikaner vor aller Augen Straftaten begingen und niemand etwas dagegen unternehme, dann müsse es keinen verwundern, wenn Fremdenfeindlichkeit entstehe“, so Kupke. Der ehemalige Ausländerbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt hatte bereits früher mit umstrittenen Äußerungen zur Asylpolitik für Zündstoff gesorgt.

Nach Aussagen mehrerer Dessauer SchwarzafrikanerInnen kontrolliere die Polizei regelmäßig ihre Personalien. Als Grund geben die PolizistInnen den Handel mit Drogen an.

Legaler Tummelplatz für Neonazis

Über das Internet erreichte uns folgender Beitrag eines Antifaschisten aus Neumünster, der nicht zuletzt zeigt, daß die Probleme mit neofaschistischer Gewalt keine spezifisch ostdeutschen sind.

Seit mehr als drei Jahren gibt es in Neumünster (Schleswig-Holstein) eine Kneipe mit dem Namen „Club 88“. Hinter diesem unscheinbaren Namen verbirgt sich zweimal der achte Buchstabe des Alphabets, also HH - die Abkürzung für Heil Hitler. Doppelt kryptisch, immerhin!

In dieser Kneipe treffen sich jeden Abend viele Leute, die jedoch nicht alle aus dem rechten Spektrum kommen. Der Club 88 ist offen für jeden (OK - vielleicht sollte keine Zecke oder Ausländer versuchen reinzukommen...). Deshalb ist er für die organisierten Nazis in Norddeutschland so wichtig, denn so können neue Mitglieder geworben werden - ohne großen Aufwand, denn die Leute kommen ja zu ihnen.

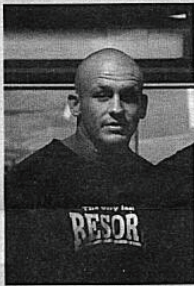
Die Jugend des Stadtteils wird von Anfang an in die rechte Szene gebunden, indem im Umfeld des Club 88 Fußballturniere veranstaltet werden. So kommen die Faschos in Kontakt mit Leuten, die sie vielleicht sonst nie erreicht hätten.

Die Betreiber kommen aus dem Umfeld der „Freien Nationalisten“, in ihren Schriften die nationalsozialistische Diktatur verherrlichen und Gewalt und Terror propagieren. Der Club wird also nicht nur von fehlgeleiteten Spinne- rern, sondern auch von aktiven, überzeugten und gewaltbereiten Neonazis besucht. Bis vor kurzem gehörte auch der in Dänemark geborene Tim Bartling zu den Betreibern. Dank seiner Sprachkenntnisse, hält er viele Kontakte zu skandinavischen Organisationen, wie der „Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung“ (DNSB) und auch dem „Blood and Honour“-Netzwerk, daß einen großen Teil des deutschen Marktes an Nazimusik abdeckt! Deutsche neofaschistischen Organisationen, wie z.B. die Jungen Nationaldemokraten, nutzen den Club regelmäßig als Treffpunkt vor Aufmärschen und als Partyraum danach. Durch den Club 88 hat sich in Neumünster

Wer macht den Club 88?



Christiane Dolscheid, Lizenznehmerin und offizielle Betreiberin des Club 88. Aktivistin im „Skingirl freundeskreis Deutschland“ sowie im Neonazi-Sanitätsdienst „Braunes Kreuz“.



Jan Steffen Holthusen, zumindest bis vor kurzem wohnhaft in Hamburg, dominiert seit kurzem das Geschehen im Club 88. Wegen gefährlicher Körperverletzung vorbestraft, hält er gute Kontakte zur Hamburger Neonaziszene um Christian Worch



Tim Bartling, geboren in Sonderburg/DK, mehrfach wegen Körperverletzung vorbestraft, hält beste Kontakte zur Skinhead- und Nazimusikszene in Norddeutschland. Daneben hält er gute Kontakte nach Dänemark, insbesondere zur „Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung“ (DNSB)



Henry Markwirth, seit vielen Jahren eng mit Tim Bartling befreundet, auf jeder Demonstration dabei und in Neumünster stadtbekannt. Ebenfalls wegen Körperverletzung vorbestraft.

ein gefährlich großes Spektrum an Neonazis entwickelt. Zusätzlich sind noch einige Nazis zugezogen, gerade weil die Verhältnisse in Neumünster für Neonazis so attraktiv sind.

Damit das nicht so bleibt, hat sich zum ersten Mal in Neumünster ein „Bündnis gegen Rechts“ gebildet, das in Zukunft versuchen wird, dem faschistischen Treiben ein Ende zu machen. Der vorläufige Höhepunkt war die Demonstration gegen den Club 88 am 24.6.2000 quer durch Neumünster, an der sich etwa 800 Menschen beteiligten. Doch im Vorfeld kam es vermehrt zu Drohungen gegen Aktivisten des Bündnis und zu mehrfachen Schmierereien am Jugendzentrum (Hakenkreuze usw.). Das und nicht zuletzt die Vorfälle in Elmshorn (Schleswig-Holstein), wo ein Antifa-Aktivist von den Faschos quasi „zum Abschuss freigegeben“ wurde, zeigen, daß AntifaschistInnen in Neumünster nicht sonderlich sicher leben. Daher waren auch viele Aktive aus Neumünster nicht auf der Demo, da sie



Angst hatten, die Nazis würden sie fotografieren und später zusammenschlagen. Gerade deshalb ist es wichtig, von aussen den antifaschistischen Widerstand gegen den Club 88 zu stärken, indem man z.B. an solchen Demos teilnimmt, oder aber auch mithilfe Flugblätter zu verteilen, damit die Bürger der Stadt wissen, wer in ihrer Nachbarschaft wohnt!

www.hoiroix.de



Diese Karikatur von Karl-Heinz Schoenfeld erhielt den „Deutschen Preis für die politische Karikatur 2000“. Sie trägt den treffenden Titel „Dorfidyll in Sachsen Anhalt“, was in der Volksstimme umgehend zu Leserprotesten führte. Getroffene Hunde bellen, fällt mir dazu nur ein ...

Vom Regen in die Traufe

Eine kurze Bilanz nach 10 Jahren deutscher "Einheit"

Im Oktober steht uns wieder ein rundes Jubiläum ins Haus, der sogenannte "Tag der deutschen Einheit". Seit 10 Jahren wächst nun zusammen, was zusammengehört. Inzwischen dürften so manche hochgestellte Erwartung aus den Tagen der "Wende" bei den meisten Menschen – sowohl in den alten, wie auch in den neuen Bundesländern – weitgehender Ernüchterung Platz gemacht haben. Vom "Aufschwung Ost" ist in den Medien schon lange nicht mehr die Rede und die versprochenen "blühenden Landschaften" locken gerade noch mal ein müdes Lächeln hervor. Dennoch hat sich so einiges getan in diesen Jahren. Wenn heute jemand Magdeburg nach 10 Jahren zum ersten Male wieder besuchen sollte, wird er es sicher kaum wiedererkennen. Zahlreiche Neubauten prägen des ehemals großflächig unbebaute (und grüne) Stadtzentrum und so mancher Gründerzeitbau wurde vor dem endgültigen Verfall bewahrt. Auf der anderen Seite gibt es im „Zentrum des Schwermaschinenbaus“ der DDR heute kaum noch Industrie, an die Großbetriebe wie SKET, SKL, MAW erinnern heute (fast)

nur noch die Namen an den noch existenten Fabrik-Ruinen. Die Belegschaften sind – so überhaupt noch vorhanden – auf einen Bruchteil des DDR-Niveaus geschrumpft, die übriggebliebenen Restbetriebe kämpfen um ihr wirtschaftliches Überleben.

Die Träume vom Konsumparadies BRD, die die Köpfe der meisten Menschen in der ehemaligen "Zone" vor 10 Jahren beherrschten, sind für die Mehrzahl der Menschen verfliegen. Dem Aufschwung nach einem rasanten wirtschaftlichen Zusammenbruchs- und/oder Kahlschlagsprozeß zu Beginn der 90er Jahre war keine lange Dauer beschieden. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes in Ostdeutschland, die 1994 noch fast 9% erreichte, dümpelt inzwischen kurz über dem Nullpunkt herum. Der Angleichungsprozeß der Osteinkommen an die im Westen scheint bei derzeitigen rund 75% zum Stehen zu kommen.

Gleichwohl dürfte das Konsumniveau im Osten insgesamt gestiegen sein. Das betrifft zwar vornehmlich Menschen, die über ein geregelttes Einkommen verfügen, aber auch viele Arbeitslose können sich heute Sachen

leisten, für deren Anschaffung früher so manches Jahr im VEB malocht werden mußte. Auch viele Wohnungen haben inzwischen einen Standard erreicht, der früher nur sehr wenigen vergönnt war; dasselbe gilt für eine ständig zuneh-



mende Zahl von Kraftfahrzeugen. Ebenso hat sich für viele so mancher, langgehegter Reisewunsch aus den Zeiten hinter dem "Eisernen Vorhang" erfüllt. Zwar rücken solcherart Ausgaben für eine wachsende Zahl sozial deklassierter Menschen wieder in

weite Ferne, für den Durchschnitts-Ossi gilt das – verglichen mit Vorwendejahren – (noch?) nicht. Wenn also heute so mancher Politiker oder Politikerin eine Bilanz der Wende auf Grund von materiellem Wohlstand aufstellen, kann er/sie, ohne groß zu manipulieren, unter dem Strich deutliche Fortschritte – etwa im durchschnittlichen Ausstattungsgrad der Haushalte mit langlebigen Konsumgütern – feststellen. Ergo: kaum einem geht es schlechter als früher.

Aber kaum jemand bezieht in eine solche Bilanz die Sachverhalte mit ein, die ohnehin nicht zu zählen sind: soziale Sicherheiten, alltägliches Verhalten der Menschen im Umgang miteinander, Geschwindigkeit des Lebens, gestalterische Einflußmöglichkeiten in der Gesellschaft wie in der Wirtschaft usw. Wenn man all diese Dinge berücksichtigt, haben es besagte PolitikerInnen schon nicht mehr ganz so einfach, die "Überlegenheit" des marktwirtschaftlichen Systems zu preisen. Natürlich ist es Unfug, die "sozialen Errungenschaften" der DDR, wie ein sicherer Arbeitsplatz, geringe Mieten und Lebenshaltungskosten für Dinge des täglichen Bedarfs usw. nostalgisch zu verklären und der heutigen Situation gegenüberzustellen. Schließlich waren die



... Aufschwung Ost ...

alle auf ziemlich unsicherem Boden gebaut, da deren Basis, die Volkswirtschaft, immer mehr bröckelte und auch ohne politischen Zusammenbruch nicht mehr tragfähig genug gewesen wäre, all diese Leistungen zu garantieren. Dennoch glaube ich, daß im Bereich der nicht-materiellen Lebensqualität (der i.d.R. unterschlagen wird), die Bilanz längst nicht immer zuungunsten der DDR ausfallen würde, ganz zu schweigen davon, wenn man als Maßstab die Versprechungen der PolitikerInnen von damals heranzieht.

Es bleibt festzuhalten, daß die Beziehungen der Menschen untereinander, deren Ernsthaftigkeit, ihre gegenseitige Solidarität im alltäglichen Leben, aber auch die – trotz offiziell längerer Arbeitszeiten – weit mehr vorhandene Muße für die Pflege von Freundschaften sich positiv von den heutigen Zuständen unterscheiden. Mit Sicherheit hat auch die kollektive Eingebundenheit der Menschen in der DDR negative Ergebnisse hervorgebracht, ihr aber den "westlichen Individualismus" als zu erstrebendes Gegenstück entgegenzuhalten ist genauso unangebracht. Denn zumeist verbirgt sich dahinter nichts mehr als ein rein äußerliches Image, verbunden mit persönlicher Isolierung im Privatleben.

Besonders augenscheinlich wird es, wenn man das ganze Gerede von Freiheit und Demokratie mal nüchtern auf seinen tatsächlichen Wahrheitsgehalt hin überprüft. Zwar hat man heute die Möglichkeit, so ziemlich alles zu sagen oder sonstwie zu veröffentlichen und außerdem die Möglichkeit, aus einer Anzahl von KandidatInnen oder Parteien diejenigen auszuwählen, die man über sich bestimmen lassen will. Nach 10 Jahren politischer Betätigung in Nachwendezeiten kommt man aber sehr schnell zum Schluß, daß zwar die politischen Freiheiten durchaus großzügiger bemessen sind als im "Unrechtsregime", man aber sehr schnell an ihre Grenzen stößt, wenn man versucht, die Realität der herrschenden Ordnung anzutasten.

Aber auch die politischen Einflußmöglichkeiten von Otto Normalbürger sind kaum größer als in der "sozialistischen Demokratie." Letztendlich läuft dessen Betätigung darauf hinaus, alle 4 Jahre das berühmte Kreuz zu machen oder allenfalls Einfluß auf einige wenige kommunalpolitische Entscheidungen per Bürgerinitiativen zu nehmen – und das war's dann auch schon. Wie die gewählten "VolksvertreterInnen" das Votum der WählerInnen dann interpretieren und umsetzen, ist allein deren Sache. I.d.R. erweisen sich die Wahlversprechen schon bald nach der Wahl als Makulatur und die Unterschiede zwischen Rot-Grün oder Christlich-Liberal als so geringfügig, daß das Argument vom "geringeren Übel" als Begründung für die eigene Wahlentscheidung kaum überzeugt. Daran werden auch PDS-Beteiligungen an oder Tolerierungen von Regierungen nichts ändern. Und die Glaubwürdigkeit von PolitikerInnen dürfte nicht erst seit den letzten Parteispenskandalen kaum höher sein, als die ihrer KollegInnen in der damaligen Volkskammer. Auch die politischen Rituale

und Errichtung Potjemkinscher Dörfer bei Besuchen höherrangiger PolitikerInnen sind nicht aus der politischen Praxis verschwunden – auch wenn sie bei weitem nicht mehr so stark das Alltagsleben der Menschen beeinflussen. Aber der in Wendezeiten immer wieder geforderte "aufrechte Gang" oder der "mündige Bürger" sind heute in Ost wie West eher vom Aussterben bedroht, als im Vormarsch begriffen, wie mancher realitätsblinde Altachtundsechziger oder –neunundachtziger zu sehen vermeint.

Das entscheidende Manko der Demokratie ist heute jedoch, daß ihr Einflußbereich spätestens am Werkstor bzw. beim Pfortner des Bürokomplexes endet. In der Wirtschaft hat allein der Chef das Sagen – und der richtet sich nach den Gesetzen des Marktes bzw. – eine entsprechende Marktmacht vorausgesetzt – nach seinen eigenen Gesetzen.

Auch die oft bemühten Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen verdienen diesen Namen keineswegs, da diese ja in der Tat zumeist nur Anhörungsrechte darstellen – auf deutsch, bei manchen Personalentscheidungen hat der Betriebsrat vorher informiert zu werden – was der dazu meint ist heute in der Praxis völlig irrelevant. Die Gewerkschaften – in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit zusätzlich gehandikapt – sind über sogenannte "Bündnisse für Arbeit" in den Standortwettbewerb eingebunden und haben ihre Bedeutung als Kampforganisation – selbst für rein wirtschaftliche Interessen – fast vollständig eingebüßt.

Umgekehrt nehmen Vertreter der Wirtschaft nicht unwesentlichen Einfluß auf die Politik. Parteispenden sind da mit Sicherheit nur eine Form der Beeinflussung von Entscheidungen in Parlamenten oder Ämtern. Postenversorgung für Vertreter aus der Politik, etwa nach Nicht-Wiederwahl infolge von für die Mehrheit der

Bevölkerung unpopulären Entscheidungen, Drohung mit Abwanderung in andere Standorte, persönliche Bestechungen usw. gehören ebenfalls zum alltäglichen Repertoire der Wirtschaft.

Die Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeit selbst dürften für die meisten Menschen noch geringer sein als in einem VEB. Alles hat sich den immer kurzfristigeren Anforderungen des Marktes zu unterwerfen, etwaige Spielräume bei Entscheidungen werden meist nur gewährt, wenn ein entsprechendes – betriebswirtschaftlich zu kalkulierendes Ergebnis vorliegt – im Falle eines Nichterfolges hat dann der Einzelne die entsprechenden Folgen zu tragen. Und oft genug sind die jeweiligen Tätigkeiten von einem sehr zweifelhaften Nutzeffekt. Es werden regelmäßig Sachen verkauft, die eigentlich gar nicht benötigt werden, in den Betrieben werden, wie zu Zonenzeiten planwirtschaftliche, heute betriebswirtschaftliche Kennziffern manipuliert, Mitarbeiter bis an die Verschleiß-

grenze belastet, während Tausende von Arbeitslosigkeit betroffen sind, kurz: hier wird der Marxsche Entfremdungsbegriff konkret erfahrbar.

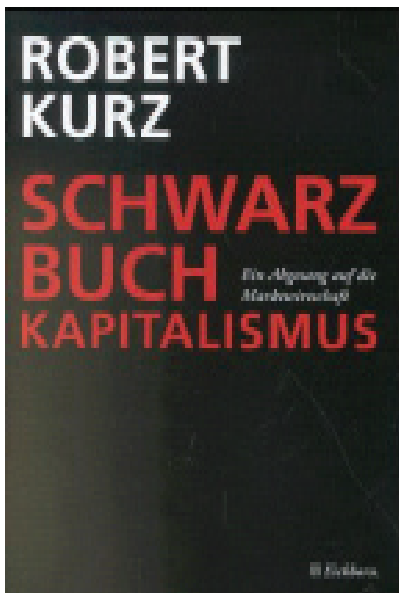
Ein Abwägen zwischen den Vor- und Nachteilen damals in der DDR mit denen heute in der BRD führt aber auch nicht weiter. Letztendlich muß man beide Systeme an ihrer eigenen Propaganda, als auch an den Möglichkeiten messen, die zur Gestaltung der Gesellschaft zur Verfügung stehen bzw. standen, messen. Und da dürfte das Ergebnis weder für die DDR, noch für die "Berliner Republik" positiv ausfallen. Auf der Tagesordnung steht längst die Entwicklung von gesellschaftlichen Alternativen jenseits von Kommando- wie Marktwirtschaft. Die Utopielosigkeit zu überwinden, ohne dabei neue Ideologien zur eigenen Machtergreifung zu produzieren, das ist die Aufgabe, vor der die Linke heute steht. In diesem Sinne dürfte die unsinnigste Parole von vor 10 Jahren wohl "Keine Experimente mehr!" gewesen sein.



Das Schwarzbuch des Kapitalismus

Eine Abrechnung mit dem großen Bruder des Stalinismus

Ja, richtig gelesen: hier geht es nicht um das allseits bekannte "Schwarzbuch des Kommunismus", sondern ein solches des Kapitalismus. Jedoch ist dabei nicht die Relativierung von Verbrechen und das Aufrechnen von Opferzahlen beabsichtigt, wie es die Autoren des ersteren beispielsweise beim Vergleich von Kommunismus und Nationalsozialismus tun, sondern um eine systematische Delegitimation der Marktwirtschaft und ihrer Ideologien.



Robert Kurz
Schwarzbuch Kapitalismus
Eichhorn Verlag 1999
816 Seiten, 68,00 DM
ISBN 3-8218-0491-2

Der etwas reißerische Titel dürfte dabei wohl vor allem ein Produkt des Verlags-Marketings sein, als ein Vorschlag des Autors Robert Kurz.

Diese Strategie dürfte durchaus aufgegangen sein. Das Buch entwickelte sich zum Bestseller und erfuhr ein breites, durchaus geteiltes Echo in den Medien. Während in der "Zeit" das Buch als "die wichtigste Veröffentlichung der letzten zehn Jahre in Deutschland" gewürdigt wurde, bezeichnete die FAZ das Buch als "Hetzschrift gegen Marktwirtschaft und Kapitalismus".

Aber auch in der Linken ist das Buch umstritten. Kein Wunder, schließlich analysiert der Autor doch die Staaten des ehemaligen Ostblocks als "Systeme der nachholenden Modernisierung", die vor allem in den Ländern sich durchsetzten, die in der kapitalistischen Entwicklung zurückgeblieben waren. Nach dem ersten Weltkrieg versuchte zunächst Rußland, geschützt durch eine protektionistische Politik das Entwicklungsstadium des Frühkapitalismus im Schnelldurchlauf zu absolvieren. Die dabei aufgetretenen Exzesse bei der Durchsetzung der kapitalistischen Arbeitsdisziplin, vor allem in den 20/30er Jahren in Rußland, unterscheiden sich nur wenig von ähnlichen Orgien der Gewalt in den entwickelten kapitalistischen Ländern zum Zeitpunkt der Industrialisierung. Nicht zuletzt das in beiden Systemen herrschende Wertprinzip und die damit verbundene "Verklärung der protestantischen Arbeitstugend" zeigen die prinzipielle Gleichartigkeit der nur scheinbar gegensätzlichen Systeme. Kurz ordnet daher den Staatssozialismus nur als *eine* Variante des warenproduzierenden Systems ein, eine weitere sind die Länder der dritten Welt. Während die Ökonomien letzterer sowie die Kommandowirtschaft des "Kasernenhofsozialismus" bereits zusammengebrochen sind, sind nun auch die Staaten der Metropolen

in eine finale Systemkrise geraten.

In seinem gut 800seitigen Werk zeichnet Kurz die Entwicklung des Kapitalismus und seiner Ideologien nach und unterwirft diese, wie auch die vorherrschenden Interpretationen seiner Geschichte einer vernichtenden Kritik. Die heutige Gesellschaft ist am ehesten wohl als "totalitärer Markt" zu charakterisieren, dessen Einfluß sich nun bis noch in die letzte Nische erstreckt. Jedoch ist diese Allmacht des Kapitalismus gleichzeitig die Ursache seiner Krise. Die mikroelektronische Revolution ermöglicht einen nie dagewesenen Sprung in der Entwicklung der Produktivität. Dadurch werden massenhaft Arbeitskräfte freigesetzt, ohne daß – wie etwa in den 50er/60er Jahren – die Möglichkeit existiert, daß diese von anderen Branchen aufgesogen werden. Alle Visionen von der "Dienstleistungsgesellschaft" sind von vornherein zum Scheitern verurteilt. Stattdessen werden die Gewinne vor allem für die Spekulation an den internationalen Börsen eingesetzt, dem einzigen Sektor, der gute Gewinne verspricht. Jedoch steht die Entwicklung der Aktienkurse in keinerlei Zusammenhang mit der tatsächlichen Entwicklung der Produktion, so daß an den Finanzmärkten eine riesige Blase entstanden ist, deren Platzen nur noch eine Frage der Zeit ist. Die ersten Vorboten waren die Krise in Asien, Rußland oder Brasilien.

Gleichzeitig weist Kurz die Wurzeln der Arbeiterbewegung in der liberalistischen Ideologie nach und zeigt deren Fortwirken bis heute. Folgerichtig verwirft er sämtliche Ansätze, die sich positiv auf die Arbeiterbewegung beziehen, als im kapitalistischen Denken verfangen – eine These, die bei einem Blick auf die heutigen Gewerkschaften oder (ehemaligen) Arbeiterparteien zwar naheliegend erscheint, aber den vielen Ansätzen radikalen Arbeiterwiderstandes



Der Autor

Robert Kurz, Jahrgang 1943, lebt in Nürnberg und arbeitet als freischaffender Publizist und Journalist. Er schreibt für verschiedene deutschsprachige Zeitungen und Zeitschriften, so z.B. Jungle World, konkret, Neues Deutschland. Außerdem hat er eine regelmäßige Kolumne in der brasilianischen Tageszeitung 'Folha de São Paulo'.

In der Vergangenheit wurde er vor allem durch sein Buch "Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie" (1991) bekannt, das hierzulande die wohl erste größere Diskussion – nicht nur – innerhalb der Linken nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus auslöste.

Gleichzeitig ist Kurz Mitbegründer des "Instituts für kritische Gesellschaftstheorie" in Nürnberg und Mitherausgeber der Theoriezeitschrift 'Krisis'. Der Krisiskreis ist im vergangenen Jahr vor allem mit seinem "Manifest gegen die Arbeit" an die Öffentlichkeit getreten. Im Rahmen einer Rundreise zur Vorstellung des Manifestes weilte Kurz im vergangenen Jahr auf Einladung der Gruppe Z@nk auch zu einer Lesung in Magdeburg.

in der Geschichte nicht gerecht wird. Diese konnten in den meisten Ländern zwar nie die Bedeutung wie die "offiziellen" Gewerkschaften erlangen, dennoch sind hier wohl am ehesten Ansätze für neue Perspektiven zu finden.

Kurz hingegen sah die einzig revolutionär-antikapitalistischen Kräfte in den Bewegungen der Maschinenstürmer zu Zeiten der ersten industriellen Revolution. Damals wehrten sich die in die Fabriken gepreßten ehemaligen Bauern und Handwerker gegen die unmenschliche Fabrikdisziplin mit einer Radikalität, die später nie wieder erreicht wurde.

Als Voraussetzung für die Entstehung einer neuen antikapitalistischen Alternative "jenseits von Markt und Staat" sieht Kurz zunächst erstmal eine "theoretische Innovation". Als eine praktische Möglichkeit verweist Kurz auf die "Besetzung der Produktionsbetriebe, Verwaltungsinstitutionen und sozialen Einrichtungen durch eine Massenbewegung", die Voraussetzung sein kann für eine "Gegengesellschaft", die zunehmend Markt und Staat verdrängt. Ob eine solche Bewegung entsteht, vermag aber er auch nicht zu sagen. Genauso wahrscheinlich hält er, daß "die Zukunftsmusik wirklich ausgespielt hat."

Trotz dieses pessimistischen Untertones ist das Buch von Kurz ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung einer neuen "emanzipatorischen Antimoderne". Zu kritisieren bleibt vor allem die manchmal deutlich übertriebene Wortwahl (Kurz spricht z.B. von der "Verhauenschweinung der Arbeiterklasse") und der hohe Preis. Da bleibt wohl nur der Gang zur Bibliothek (das Buch ist z.B. an der Bibliothek der Sozialwissenschaften der Uni Magdeburg erhältlich) oder die Hoffnung auf eine baldige Neuauflage als Taschenbuch.

Zeitungsschau

Unter dieser Rubrik wollen wir regelmäßig linke Publikationen vorstellen, von denen wir meinen, daß sie für Euch von Interesse sein könnten. Gerade in Magdeburg ist es nicht so ohne weiteres möglich, an solche Zeitschriften, die in der Regel nicht am Zeitungskiosk um die Ecke erhältlich sind, heranzukommen. Von den meisten könnt ihr euch ein kostenloses Probeheft schicken lassen oder auch im Internet ein paar Kostproben einsehen. (Vom Schwarzen Faden und den blättern des iz3w wurde interessierten Störenfried-Lesern ein kostenloses Probeheft zugesagt.) Allerdings solltet ihr nicht unbedingt auf die beispielsweise bei Tageszeitungen beliebte Methode verfallen, und zahlreiche MitbewohnerInnen erfinden, die dann die jeweilige Nummer bestellen. I.d.R. haben linke Zeitungsprojekte mit Finanzierungsproblemen zu kämpfen, die man mit solchen Verfahren nicht noch verschärfen sollte. Vielleicht entschließt sich ja der eine oder die andere auch zu einem Abo. Einen Großteil von diesen Zeitschriften werdet ihr auch im Blaue-Welt-Archiv einsehen können.

Anzeige

Die unbekannte Opposition in der DDR:

Kommunistische Arbeiter gegen das Honecker-Regime

Aus der Arbeit der illegalen KPD-Sektion DDR: Auszüge aus 10.000 Seiten Stasi-Akten über den Operativen Vorgang „Toxin“ (Magdeburg) - Briefe an den „Roten Morgen“, Spitzelberichte, Fotos u.v.m. CD-ROM mit über 650 Dateien (698MB). Über „Toxin“: ...ist die „Zersetzung zu forcieren“, ..."Liquidierung des OV"

CD-ROM für 12 DM zu bestellen bei:

Herbert Polifka, Alt Westerhüsen 100, 39122 MD

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Die mit "Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit" untertitelte Zeitschrift "Schwarzer Faden" ist eine Publikation mit eher theoretischem Anspruch. Sie versteht sich selbst als eine "Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten."

In der Zeitschrift, welche derzeit in einer Auflage von 2.500 Exemplaren erscheint, veröffentlicht u.a. regelmäßig der bekannte us-amerikanische Sprachwissenschaftler und Anarchist Noam Chomsky. Themenschwerpunkte sind z.B. die Zapatistas in Mexiko, Nationalismuskritik, libertärer Kommunalismus (eine anarchistische Strömung, die sich vorrangig auf eine Verankerung in Kommunen orientiert), Anti-Militarismus u.v.a.m.

Speziell die Beiträge zur Diskussion anarchistischer Theorie und Geschichte sowie die regelmäßigen Rezensionen zu Neuerscheinungen nicht nur libertärer Verlage, machen dieses, momentan durch sieben Menschen betriebene, Projekt zu einem nicht mehr wegzudenkenden Teil anarchistischer Presselandschaft.

Der "Schwarze Faden" erscheint vierteljährlich im A4-Format mit ca. 72 Seiten zu einem Einzelpreis von 8 Mark. Im Abo (30M für 4 Hefte) ist er über folgende Adresse zu beziehen:

Schwarzer Faden, PF 1159, 71117 Grafenau, Email: trotzdemusf@t-online.de. Online: <http://www.txt.de/trotzdem>

isw-report

Unter diesem Namen gibt das „Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung“ in München seine vierteljährlich erscheinenden Berichte zu den verschiedensten Themen, die das Gebiet Wirtschaft tangieren, heraus. Dieses Institut wurde 1990 von marxistisch orientierten Ökonomen, Gewerkschaftern und Technikern mit dem Ziel gegründet, den Prozeß der Globalisierung der Märkte und die Weltmarktstrategien der Konzerne und militärisch-industriellen Komplexe zu analysieren, Folgen für die Beschäftigten in den Metropolen als auch in der Dritten Welt sowie für die Ökologie aufzuzeigen und entsprechende Gegenstrategien zu diskutieren.

Parallel dazu erscheint regelmäßig das "isw-wirtschaftsinfo", in welchem vorrangig die Propaganda der Arbeitgeberkreise, wie z.B. in der sogenannten Standortdebatte, der Rentendiskussion usw. auseinandergenommen und so wichtige Argumentationshilfen, etwa in Tarifkämpfen und Arbeitskämpfen, geliefert werden. Beide Hefte können für 30 Mark im Jahr abonniert werden. Desweiteren erscheint vom gleichen Institut in loser Folge das "isw-spezial" zu aktuellen Themen, sowie der isw-grafikdienst, welcher vorrangig zur optischen Veranschaulichung der Argumente in Zeitungen oder auf Flugis gedacht ist. All diese Schriften gibt es unter:

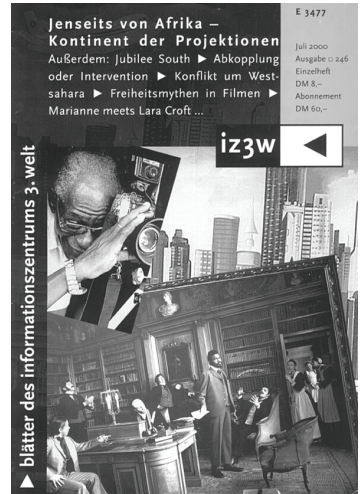
isw e.V. Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München, Email: isw_muenchen@t-online.de



**NO JUSTICE
NO PEACE!**

blätter des iz3w

Die "blätter des informationszentrums 3. welt" werden vom "Aktion Dritte Welt e.V." in Freiburg im Breisgau herausgegeben. Sie erscheinen 10mal im Jahr, wobei jedes Heft ein Schwerpunktthema hat. Im Gegensatz zu vielen anderen Dritte-Welt-Zeitschriften, beschränken sich die blätter aber nicht auf spezifische Probleme der Peripherie, sondern betrachten aktuelle Themen aus den verschiedenen Blickwinkeln. So erscheinen eben Themenhefte zur Arbeit, Expo 2000, Populismus, Drogen etc., ebenso wie zum Tourismus in die Dritte Welt, Hunger, Kinderarbeit oder aktuell zu westlichen Afrika-Projektionen. Dabei wird zumeist ein guter Überblick über den Stand der aktuellen Diskussion gegeben. Angenehm fällt bei den Blättern die fehlende Idealisierung von Bewegungen in der Dritten Welt auf, was hierzulande durchaus auch heute noch nicht die Regel darstellt. Schon seit einiger Zeit gibt es eine kontroverse Diskussion zu den Zapatisten in Mexiko, zur Entwicklung der PKK oder zu hiesigen NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen). In jedem Heft gibt es ausführliche Kritiken zu Büchern oder Filmen aus der Dritten Welt, ebenso wie Berichte zu Aktionen und Tagungen oder Buchrezensionen. Bezug über: iz3w, Postfach 5328, D-79020 Freiburg, Online: <http://www.iz3w.org>, Email: info@iz3w.org, Jahres-Abo: DM 60,- (ermäßigt 50,-)



Anzeige

This block contains a blurred advertisement for the magazine 'blätter des informationszentrums 3. welt'. The advertisement is framed and includes the magazine's logo at the top left. There are several columns of text, some of which are partially legible, and two small inset images. The overall appearance is that of a standard print advertisement.

IM-Tätigkeit in der Türkei ehrenwert?

Wer gefoltert wird, ist selber schuld. Das könnte man jedenfalls aus der Abschiebep Praxis deutscher Behörden schlußfolgern. Besonders krass ist das Beispiel des Kurden Abdulhalim Nayir. Dieser war nach seiner Abschiebung im Februar 1999 direkt in den Folterkellern der türkischen Polizei gelandet. Dort hat Nayir unter Todesdrohungen schließlich in eine Zusammenarbeit mit den türkischen Behörden eingewilligt. Ein Jahr später gelang ihm die Flucht zurück nach Deutschland, in der Hoffnung, diesmal die Anerkennung als politischer Flüchtling zu erhalten.

Doch weit gefehlt! Kaum in Köln angekommen, wurde er vom Bundesgrenzschutz wieder in Abschiebehaft genommen. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge kann keine drohende Verfolgung ausmachen. Nayir habe sich in der Türkei schließlich nicht in einer Notsituation befunden und außerdem noch »Spitzelbelohnungen« bekommen, so die Behörde in der Ablehnung des Asylfolgeantrags.

Ein zum IM-Dienst der Stasi gepreßter DDR-Bürger wäre nach einer Flucht in den Westen mit Sicherheit als lebendes Beispiel für die Unmenschlichkeit des "Unrechtsregimes" hochstilisiert worden. Aber das kann man ja soo einfach nicht vergleichen, oder?!

(Nach: junge Welt vom 22.6.00)

Politik aus der Glaskugel

Die französische Sternendeuterin Elizabeth Teissier wirbt neuerdings für ihre Dienste mit ihren Sitzungen mit dem ehemaligen französischen Staatspräsidenten, François Mitterrand. Diese hatte sie vorsorglich auf Tonband aufgenommen. Unter anderem befragte sie der Staatsmann mit



Anzeige

den Worten »Ich muß eingreifen. Welcher Tag ist der beste?« nach dem günstigsten Zeitpunkt für seine Fernsehansprache zum Eintritt in den Golfkrieg gegen den Irak 1991. Aber auch bei weiteren Problemen, wie z.B. dem Putsch in Moskau oder die Suche nach dem geeigneten Datum für das Referendum über den Maastricht-Vertrag suchte er – nicht nur – ihren Rat. Auch die großen afrikanischen Marabuts (Hellscher) Sidi Mansur im Senegal oder Mustafa Diabi in der Elfenbeinküste wurden von Mitterrand geschätzt.

Für Madame Teissier zeigt das "die Bedeutung der Astrologie für die Politik", für mich eher die fortgeschrittene Verblödung unter ‚unseren‘ Staatsmännern und -frauen. Denn Mitterrand ist kein Einzelfall. Auch sein Vorgänger Valéry Giscard d'Estaing und sein Nachfolger Jacques Chirac sollen laut der französischen Zeit-

schrift "Journal du Dimanche" schon Rat bei "Astrologen, Zauberern oder Magiern" gesucht haben.

(Nach: Süddeutsche Zeitung vom 26.6.00)

Entschädigungszahlungen der Wirtschaft?

Ein großer deutscher Literat brachte sich kürzlich mit seinem Vorschlag, jeder Bürger solle 20 Mark in den Entschädigungsfond für die Zwangsarbeiter im Zweiten Weltkrieg einzahlen, in Erinnerung. Jedoch dürfte auch ihm klar sein, daß schon jetzt der Staat – und damit der Steuerzahler – den Löwenanteil an der vereinbarten Entschädigungssumme von 10 Milliarden Mark aufbringt. Offiziell heißt es zwar immer, daß sich Staat und Wirtschaft an dieser Summe gleichermaßen beteiligen – letztere kann ihren Beitrag aber von der Steuer absetzen. Somit verringert sich ihr tatsächlicher Beitrag auf 2,5 Milliarden Mark, also gerade mal ein Viertel. Das ganze gleicht eher einer PR-Aktion der deutschen Wirtschaft für ihre ausländische Kundschaft. Trotzdem ist das Geld aber bis heute nicht zusammengekommen!

Neostalinisten im VDI!?

Einen neuen Rekord in Selbstbeweihräucherung hat der Landesvertreter des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) Sachsen-Anhalts, Prof. Dr.-Ing. Klaus Hoppe, aufgestellt. In der aktuellen Ausgabe der Vereins-Zeitschrift "Mitteldeutsche Mitteilungen" ließ sich der Vorsitzende des Redaktionsbeirates und verhinderte Modeldarsteller gleich 21mal ablichten. Das ist zwar kaum mehr als der sonstige Durchschnitt, aber immerhin!

Allerdings wurden hierbei immer noch Möglichkeiten verschenkt. Schließlich brachte er die 21 Fotos auf gerade mal



Aus: Mitteldeutsche Mitteilungen III/2000

9 von insgesamt 54 Seiten unter. Wenn er die übrigen 45 Seiten ähnlich gut ausnutzen würde, käme er auf satte 126 Abbildungen – da wäre selbst Honi mit seiner Messeausgabe vom ND blaß vor Neid geworden.

Vom Ausland lernen?

Lohnsklaven brauchen kein eigenes Ministerium – die Obhut des Wirtschaftsressorts ist völlig ausreichend. Das jedenfalls meint der Chef des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel. Folgerichtig plädiert er in der "Wirtschaftswoche" für die Auflösung des Bundesarbeitsministeriums. Wirtschaft findet ja bekanntlich in der Wirtschaft statt – und die will mit sozialer Absicherung nichts zu tun haben. Andere Länder haben das längst erkannt – nur in Deutschland klemmt's noch. Auch solle man die Arbeitslosenversicherung – wie in Holland angedacht – privatisieren, den Kündigungsschutz nach spanischem Vorbild abbauen... Das alles führe quais automatisch zu "mehr Wettbewerb und Effizienz".

Wir meinen – nicht auf halbem Wege stehen bleiben, Herr Henkel! Die der Arbeit noch Würdigen sollten sich schließlich darüber im Klaren sein, daß sie ihre Gnade, malochen zu dürfen, allein ihren Gönnern aus der Wirtschaft verdanken.

Dafür gebührt ihnen Dankbarkeit und ewige Treue. Wie man mit denjenigen verfährt, die das nicht begreifen wollen, dafür gibt es gerade in der deutschen Geschichte genügend Vorbilder. Unser Rat: Mehr Geschichtsbücher lesen!
(Nach Wirtschaftswoche vom 16.08.2000)

Neue Arbeit in Sachsen-Anhalt!

Das Modellprojekt "Neue Arbeit" beim Bildungswerk der Wirtschaft Sachsen-Anhalt, macht endlich Nägel mit Köpfen. Jugendliche Problembürger, vor allem Frauen mit Kindern, sollen weg von der Straße und rein in die Tankstellen und Supermärkte. Dort sollen sie Service-Dienstleistungen "rund ums Auto" anbieten, wie z.B. "Scheibenwischen, Luftdruckprüfen oder das Säubern der Innenräume" bzw. Einkaufstüten einpacken und zum Parkplatz schleppen. Dazu werden sie sogar ausgebildet – in einem "sechswöchigen Trainingsprogramm" – bezahlt durch's Ar-

beitsamt. Für die TeilnehmerInnen gibt es dann ‚satt‘ 1.600 Mark brutto im Monat. Die Initiatoren erhoffen sich gar "dass sich einige Teilnehmer des Projektes später zu Existenzgründungen entschließen." So viel gequirlte Scheiße muß einem erstmal einfallen. Die selbständigen Einkaufstütereinpacker-Unternehmer beim Aldi sollen sich eine Existenz vom Trinkgeld der shoppenden Arbeitslosen aufbauen!

Kanzlerkarrieren ...

Daß unser aller Sozi-Kanzler schon immer einen Hang zum Grössenwahn hatte, und zudem noch einen 'exquisiten' Geschmack, hat sich nun erneut bewiesen. Seine Berliner Dienstvilla wird künftig von einer schmiedeeisernen Büste mit des Kanzlers Antlitz' höchstselbst 'geschmückt', die seine Gattin auf dem Internationalen Presseball in Bonn überreicht bekommen hat. Darauf ist noch nichtmal olle Erich gekommen...

Schröders Vorgänger hingegen muß sich seine Brötchen wieder mit ehrlicher Arbeit mühsam verdienen. Die Deutsche Vermögensberatung AG (DVAG) weiss die intimen Kenntnisse des Kanzlers auf dem Finanzsektor zu schätzen und ernannte ihn zum Beiratsvorsitzenden.



Mit Blut besudelt

Es war einmal ... - eine Benz-Geschichte.

Argentinien in den Jahren 1976 – 1983. Eine Militärdiktatur beherrscht das Land, der insgesamt ca. 30 000 Menschen zum Opfer fielen. Gleichzeitig herrschen nahezu paradisische Bedingungen für Unternehmer. Schließlich wurde nicht zuletzt die immer mehr erstarkene Gewerkschaftsbewegung Opfer der Repression. Nach dem Militärputsch in Argentinien wurden alle Streiks als "terroristisch" bezeichnet und verboten. Viele Unternehmen kollaborierten mit dem Regime, um unbequeme Gewerkschafts-aktivistInnen loszuwerden.

Zu diesen zählt auch eine Firma mit dem uns vertraut klingenden Namen "Mercedes-Benz". Derzeit wird gegen

das deutsche Unternehmen ermittelt. Tatsache ist, dass zwischen 1976 und 1977 mindestens 13 Gewerkschafter des Mercedes-Benz-Werkes in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires entführt und ermordet wurden. Dem Mercedes-Management wird aktive Mitarbeit beim Verschwinden dieser Menschen vorgeworfen. Der Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck, der in Argentinien recherchiert hat, stellte Ende September (27.09.99) bei der Berliner Staatsanwaltschaft Strafanzeige, u.a. gegen den deutsch-argentinischen Manager Juan Tasselkraut sowie gegen Emilio Massera und Jorge Videla. Für ersteren sowie auch für ein Opfer, Esteban Reimer, ist die deutsche Justiz zuständig, da beide deutsche Staatsbürger sind.

Wie die Witwe von dem Verschwundenen Esteban Reimers berichtete, war ihr Mann mit seinem Kollegen Hugo Ventura am Vortag in die Zentrale von Mercedes-Benz in Buenos Aires zitiert worden. Dort verhandelten die Gewerkschafter über einen Forderungskatalog. Reimer kehrte spät am Abend nach Hause zurück. In der Nacht tauchten dann neun bewaffnete Männer auf, die sich als Angehörige des 1. Heereskommandos ausgaben, und verhafteten Reimer. Einer seiner Genossen, Hugo Ventura, wurde in der selben Nacht verhaftet. Weiteren Gewerkschaftsaktivisten erging es ähnlich, sie wurden in den folgenden Tagen von Zuhause abgeholt oder aber vor bzw. im Mercedes-Werk festgenommen.

Nicht nur das offensichtliche politische Interesse der Werksleitung an der Ausschaltung von unbequemen



Beschäftigten spricht dafür, anzunehmen, dass sie mit den Militärs Hand in Hand vorging. Im Fall Tasselkraut gibt es auch Zeugenaussagen, die ihn konkret belasten. So hat er beispielweise nach Aussagen von Juan Ratto, einem ebenfalls entführten Gewerkschafter, der als einziger später wieder freigelassen wurde, erlaubt, dass sich Polizisten in Zivil auf dem Werksgelände bewegen konnten. Ratto schildert außerdem, dass Tasselkraut in seinem Beisein den Polizisten die



Adresse des Gewerkschafters Diego Nunez nannte. Dieser wurde in der folgenden Nacht verhaftet und in das Folterzentrum "Campo de Mayo" verschleppt, wo er ermordet wurde.

Der argentinischen Menschenrechtsorganisation SERPAJ ("Dienst für Frieden und Gerechtigkeit"), die schon längere Zeit in ähnlichen Fällen gegen die amerikanische Automobilfirma "Ford" ermittelt, waren auch die Vorwürfe gegen Mercedes-Benz bekannt. Laut Kaleck zeigte die Organisation großes Interesse an einer Anzeige gegen das Unternehmen und will sich an weiteren Recherchen vor Ort beteiligen.

Auch der Dachverband der kritischen AktionärInnen Daimler-Chrysler (KAD-AC) in Stuttgart meldete sich zu Wort. KADAC-Rechtsexperte Holger Rothbauer hofft, dass "der Fall Tasselkraut ein schlimmer Einzelfall bei Daimler-Chrysler ist und nicht die Spitze des Eisberges". Er verlangt vom Konzern "Garantien dafür, dass nicht noch weitere Leichen im Keller

liegen".

Deutsche Konzerne sind aber nicht nur in Argentinien unter Beschuss der Menschenrechtsorganisationen und engagierten Rechtsanwälten geraten. In der Tageszeitung "Neues Deutschland" erschien am 5.10.99 ein Artikel, der die Kooperation von Mercedes-Benz und VW mit den Repressionsorganen der brasilianischen Diktatur (1964-1985) bei der Verfolgung von politisch aktiven ArbeiterInnen belegt.

Die Pressestelle von Daimler-Chrysler in Stuttgart hingegen bezeichnet die Vorwürfe gegen den Konzern als "wirr und unhaltbar", räumte jedoch ein: "Falls ein behördlicher Vorgang aus den Vorwürfen resultieren sollte, der das rechtmäßige Verhalten des Unternehmens in Frage stellt, unterstützen wir natürlich die Behörden".

Die Worte vernehm ich gern, allein der Glaube fehlt!

Heißer Sommer in Frankreich

Nach den französischen Bauern, die in letzter Zeit mit einigen radikalen Widerstandsaktionen auf sich aufmerksam machten, zeigt nun auch die Industriearbeiterschaft die Bereitschaft, in Arbeitskämpfen weiter als bisher zu gehen.

So drohten Angestellte der Firma Cellatex in Givet, giftige Abfälle in die Maas einzuleiten, falls ihre Forderungen nach Erhalt ihrer Arbeitsplätze nicht erfüllt würden. Sie sahen darin die einzige Möglichkeit, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Bierbrauer in Adelshoffen (Strasbourg) wollten im Juli diesen Jahres die drohende Schließung der Firma abwenden, indem sie ankündigten, andernfalls einen Gasbehälter zur Explosion zu bringen. Ähnliche Drohungen verwendeten Angestellte von Forgeval in Valenciennes oder

Anzeige

« Unser **LEBEN** ist der **MORD**
durch **ARBEIT**—wir hängen
60 Jahre lang am **STRICK** und
zappeln. Aber wir werden uns
LOSSCHNEIDEN »
[Georg Büchner, 1835]



[anar'çozy:ndi'ka'lismus]
ist ein Messer



PROBEHEFT

Direkte Aktion
c/o DFG-VK
Vogelsbergstr. 17
60316 Frankfurt

die Angestellten von Bertrand Faure, die so versuchten, einen besseren Sozialplan auszuhandeln.

Ständige, immer von sozialem Abbau begleitete Wechsel der Eigentümer, eine ins unerträgliche gesteigerte Arbeitshetze und fehlende Zukunftsperspektiven für viele ArbeiterInnen, sind die Hauptursachen für die neue Radikalität in den Betrieben Frankreichs. Sie zeigte durchaus auch ihre Wirksamkeit, in den meisten Fällen wurden weitgehende Zugeständnisse der Arbeitgeberseite erreicht. Sicher sind Verzweiflungstaten zu Lasten der Allgemeinheit durchaus fragwürdig (allerdings ist es auch nicht sicher, ob der Drohung bei Nichterfolg die Tat gefolgt wäre), jedoch zeigen sie nur zu deutlich den tiefsitzenden Frust der ArbeiterInnen gegenüber den Versprechungen von Unternehmern, Regierung und Gewerkschaftsbükratie.

Die französische Tageszeitung "Le Monde" fragt sich schon: "Signalisiert das Phänomen einer solchen Radikalität die Wiederkehr eines gewissen Anarcho-Syndikalismus?" In der Tat haben die anarchistischen GewerkschafterInnen in Frankreich in den letzten Jahren einen beachtlichen Zulauf zu verzeichnen, ebenso wie andere unabhängige Gewerkschaften. Sie versuchen, die von den etablierten Gewerkschaften enttäuschten ArbeiterInnen zu organisieren, ohne gleichzeitig deren radikale Impulse zu unterdrücken. Schon seit der Streikwelle vom Dezember 1995 gelingt es den traditionellen Gewerkschaften, wie z.B. der CGT, immer weniger, die Arbeitskämpfe zu kontrollieren, obwohl sie alles tun, um eine „nicht mehr kontrollierbare Eskalation“, so der Regionalsekretär der CGT, Christian Larose, zu vermeiden.

Quellen:

Jungle World 33/00, Freitag 34/00

Magdeburger Herrentage

Auch in diesem Jahr zeigten sich nicht nur die Durchschnittsmänner von ihrer besten Seite, auch eine Gruppe von Faschos und Hools ging ihrer Lieblingsbeschäftigung nach. In der Straßenbahn pöbelten sie eine Gruppe Linker und Punx an, worauf die Situation eskalierte. Innerhalb kurzer Zeit entwickelte sich eine regelrechte Straßenschlacht an der Diesdorfer Straße 208. Die Polizei versuchte mit Warnschüssen in die Luft dem Treiben ein Ende zu setzen. Am Ende gab es zahlreiche Verletzte auf beiden Seite.

Demo gegen Nazis in Stendal

Am 16.7.00 zogen ca. 60 AntifaschistInnen durch Stendal. Sie demonstrierten gegen die auch in Stendal zunehmenden neonazistischen Umtriebe. Mit lautstarken Parolen und dem Verlesen von Texten übers Megafon gaben sie ihrem Protest Ausdruck.

Zweite Mumia-Party

Am 21. Juli fand im Magdeburger Eine-Welt-Haus die zweite Soli-Party für den afroamerikanischen Bürgerrechtler Mumia Abu Jamal statt. Auf der von der Roten Hilfe organisierten Veranstaltung wurde ein Dokumentarfilm über die us-amerikanische Bewegung "Black Panther", der auch Mumia angehörte, gezeigt. Anschließend konnte zu Reggae-Musik aus der Konserve abgetanzt werden.

Ein Teil der Erlöse der Veranstaltung werden zur Unterstützung der Verteidigung Mumias, die sich derzeit um die Wiederaufnahme des Verfahrens bemüht, verwendet.



Stinkmorcheln gegen Nazis

Am 29.7.00 hatten die NPD sowie diverse "Kameraden" zu einer Schulungsveranstaltung nach Magdeburg eingeladen. Dem konnten jedoch einige autonome "Stinktiere" vorbeugen. Sie machten den geplanten Veranstaltungsort im Neustädter Bierweg (Stadtfeld West!) mittels eines Buttersäure-Cocktails unbrauchbar. So blieb den verdutzten Faschos nichts anderes übrig, als unverrichteter Dinge wieder abzuhaufen.



Flugaktion vorm Arbeitsamt

An den weltweiten Widerstandsaktionen während des WTO-Gipfels in Prag beteiligten sich Leute aus Magdeburg mit einer Aktion am 18.9. vor dem Arbeitsamt in der Magdeburger Nachtweide. Auf Flugblättern wurde über die Ziele der WTO-Veranstaltung informiert und mit einem Transpi die klassenlose Gesellschaft propagiert. Dazu gab es eine kostenlose Suppe aus der Volksküche.

Das passte natürlich nicht in das Weltbild einiger Bürokraten vom Amt. Sie riefen prompt die Polizei, da sie die öffentliche Ordnung gefährdet sahen. Als die Aktion beendet war, versperrten einige Kollegen in Grün den Rückweg und nahm die Personalien der Beteiligten auf.

ine - Termine - Termine - Termine - Termine -

**Global-Action-Day
zum WTO-Treffen in Prag
Soli-Demo in Magdeburg
26.09.00, 18Uhr
Treffpunkt Bahnhofsvorplatz**

Antinationaler Aktionstag
aus Anlass des Tages der Deutschen
Einheit, der gleichzeitig Deutschland-
Nationaltag auf der Expo ist
3.10. in Hannover und Dresden

**Antonio Gramsci - ein kommunisti-
scher Demokrat und Verfechter der
Zivilgesellschaft**
ELSA, Diskussionsveranstaltung mit
Wolfram Tschiche
Donnerstag, 5.10., 16.30 Uhr
Magdeburg, Ebendorfer Straße 3, Konfe-
renzsaal in der 1. Etage

Gerechtigkeit oder Barbarei?
Internationale Konferenz der Rosa-
Luxemburg-Stiftung 5. und 6. Oktober
2000 in Berlin
Kontakt: Bundesstiftung Rosa Luxem-
burg.
Franz-Mehring-Platz 1
Tel: 030-29784221
Fax: 030-29784222
E-mail: friede99@gmx.de
[http://www.globenet.org/periph/agen-
da/deag.html](http://www.globenet.org/periph/agen-
da/deag.html)

**WTO und soziale Bewegung im globa-
len Kapitalismus**
23. Bundeskongreß entwicklungs-
politischer Aktionsgruppen in Zusam-
menarbeit mit den Zeitschriften des
Sozialistischen Büros „express“ und
„Widersprüche“
6. bis 8. Oktober 2000 in der Humboldt

Universität zu Berlin, Unter den Linden
6, Berlin-Mitte
Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle,
Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg
Tel.: 040-393156
Fax: 040-3907520
email: bukohh@t-online.de
<http://www.epo.de/buko/index.htm>
bzw.
<http://www.von-unten.org>

Nein zum Großen Zapfenstreich!
Demo des „Anti-Mörder-Plenum“ gegen
die militärverherrlichende Schau.
9. Oktober, 17.30 Uhr auf dem Park-
platz vor dem Neuen Palais in Potsdam
(zu erreichen vom Hauptbahnhof mit
dem Bus 695 in Richtung Bahnhof
Pirschheide)

**SchülerInnen vertreten, Demokratie
erkämpfen**
Seminarveranstaltung zur Schulkritik
der jungdemokratInnen-junge Linke
13.-15. Oktober in der Jugendherberge
Oase in Dessau
Anmeldung unter:
0177/6378066 (Stefan) oder lsa@jung-
demokratinnen.de

**Gesellschaftliche Umbrüche 1945
und 1989/90**
ELSA-Veranstaltung anlässlich des 10.
Jahrestages der Wiedervereinigung
Samstag, den 14. Oktober, 10.00 Uhr im
Magdeburger Eine-Welt-Haus, Schel-
lingstr. 3-4

„Save the Resistance!“
Demo gegen Überwachungsgesellschaft
und Sicherheitswahn.
Samstag, 14. Oktober, 13.00 Uhr – Leip-

zig, Augustusplatz
Infos unter www.nadir.org/bgr

Demonstration für die Schließung der NPD-Bundeszentrale in Berlin-Köpenick

21. Oktober 2000, 14.00, Treffpunkt S-Bahnhof Köpenick

Aufrufer unter anderem: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten (VVN), Betriebsjugendausschuss der Telekom Berlin, Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE), solid, Sozialistische Alternative (SAV), Martin Gertenbach (Jugendsekretär DGB Hessen)...

Gegen Arbeitszwang und Billigjobs - für die soziale Grundsicherung

Infoveranstaltung

25.10., 18.00 Uhr in Magdeburg, Wabe-Cafe Thiemstraße 13

Riesengewerkschaften und Kampf für soziale Gerechtigkeit

ELSA-Diskussionsveranstaltung mit

Prof. Dr. H. Menzzer, Dresden

Donnerstag, 26.10., 16.30 Uhr

Magdeburg, Haus der Gewerkschaften, O.-v.-Guericke-Str.6

Medien-Macht-Politik

Die Funktionsweise der Massenmedien, Seminar

27.-29. Oktober in der Jugendherberge Oase in Dessau

Anmeldung unter:

0177/6378066 (Stefan) oder lsa@jungdemokratinnen.de

Konferenz der Gewerkschaftslinken

Konferenz der Vernetzungsinitiative der Gewerkschaftslinken mit dem Schwerpunkt Sozialpolitik

27./28. Oktober 2000 / Frankfurt/M.

Infos unter:

<http://www.labournet.de/termine>

Rhetorik

Seminar Teil 1

03.-05. November in der Jugendherberge Oase in Dessau

Anmeldung unter:

0177/6378066 (Stefan) oder lsa@jungdemokratinnen.de

Auschwitz - alles nur erfunden?

Zum Umgang mit rechtsradikalen Verfälschungen, 5. ELSA-Kolloquium gegen Rechts

Samstag, 4. November, 10.00 Uhr in Magdeburg - genauer Ort wird noch bekannt gegeben

Infos unter: 0391/7324980 bzw.

bildungsverein-elbe-saale@t-online.de

Antisemitismus

10.-12. November in der Jugendherberge Oase in Dessau

Anmeldung unter:

0177/6378066 (Stefan) oder lsa@jungdemokratinnen.de

Die Gewerkschaften und die „neue Mitte“

ELSA-Gespräch mit Peter von Oertzen

Donnerstag, 16. November, 16.30 Uhr

Magdeburg, Haus der Gewerkschaften, O.-v.-Guericke-Str.6



Moderner Kapitalismus - alte Gewerkschaft?

Konferenz der AG Betrieb und Gewerkschaft in der PDS: Bruch, Krise oder neue Prosperität? Das neue Gesicht des alten Kapitalismus
17.-19. November 2000 / Kassel

Antifaschistisch leben, antifaschistisch handeln!

Demo gegen den alltäglichen Rassismus (nicht nur) in Nordhausen
18. November, Beginn 14.00 Uhr auf dem Theaterplatz

Kein Öko-Kungel mit der Macht

Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft - wider die Lügen von ökologischer Marktwirtschaft
Konferenz des Netzwerkes „Umweltschutz von unten“
Themen u.a.: Demokratisierung von Flächen- und Rohstoffverbrauch, Direkte Ökonomie ohne Marktwirtschaft, Entmachtung von Institutionen, Selbstorganisation der Menschen,
22.-26. November in der TU Clausthal-Zellerfeld/Harz
Infotelefon: 06401/903283

Anarchismus

Seminar der JungdemokratInnen/Junge Linke Sachsen-Anhalt
24.-26. November in der Jugendherberge Oase in Dessau
Anmeldung unter:
0177/6378066 (Stefan) oder lsa@jungdemokratinnen.de

Ist das „Prinzip Hoffnung“ hoffnungslos veraltet?

ELSA-Seminar zur Philosophie Ernst Blochs mit Wolfram Tschiche
24.11., 16.30-19.30 Uhr und 25.11., 10.00-15.00 Uhr

Solidarität mit der 3. Welt heute

Gemeinsame Diskussionsveranstaltung von ELSA und Corazón e.V.
Freitag, 1. Dezember, 18.00 Uhr
Eine-Welt-Haus Magdeburg, Schellingstraße 3-4

Rhetorik

Seminar, Teil 2
01.-03. Dezember in der Jugendherberge Oase in Dessau
Anmeldung unter:
0177/6378066 (Stefan) oder lsa@jungdemokratinnen.de

Soziale Gerechtigkeit und Sozialer Humanismus

Anspruch und Chance für linke Politik, 3. Forum der „Initiative Zweite Aufklärung“
Samstag, 9. Dezember
Magdeburg, Ebendorfer Str. 3, Konferenzsaal in der 1. Etage

Geschlechterverhältnisse

Seminar der JungdemokratInnen/Junge Linke Sachsen-Anhalt
15.-17. Dezember in der Jugendherberge Oase in Dessau
Anmeldung unter:
0177/6378066 (Stefan) oder lsa@jungdemokratinnen.de

Anmerkung

Wir möchten Euch an dieser Stelle wieder aufrufen, uns rechtzeitig Eure Termine zukommen zu lassen - Kontaktadressen findet Ihr auf der letzten Umschlagseite. Am günstigsten für uns ist natürlich eine Zusendung per Mail, damit sparen wir uns das mühselige Abtippen.
Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 15.12.00.

Kontaktadressen:

AG Junge GenossInnen

Gerhart-Hauptmann-Str. 18
39108 Magdeburg
Tel.: 0391/7333251 oder 0391/7317056
Fax: 0391/7346152
Email: djannack@crosswinds.net
<http://home.t-online.de/home/agjg.kom-polbild.lsa/agindex1.htm>

Arbeitskreis Antifaschismus MD (AKA)

<http://www.crosswinds.net/~akamagdeburg>
bzw. www.antifa-md.de/vu
Email: akamagdeburg@crosswinds.net
Postfach 0834, 39104 Magdeburg

Autonomer Zusammenschluß MD

MAGMA, PF1751, 39007 MD
Email: azmagdeburg@hotmail.com

Blaue Welt Archiv

Thiemstraße 13

Blaue Welt Archiv

39104 Magdeburg
Email: Blaue-Welt-Archiv@web.de
Treffen jeden Mittwoch um 19.30 Uhr im
Archiv in der Thiemstraße 13

Die Gruppe MD

Postfach 1943
39009 Magdeburg
Email: die_gruppe_md@gmx.de
<http://www.die-gruppe-md.de>



ELSA (Bildungsverein Elbe-Saale)

Landesgeschäftsstelle
Ebendorfer Straße 3
Telefon und Fax: 0391/7324980
39108 Magdeburg
Email: [bildungsbildungsverein.elbe-saale@t-online.de](mailto:bildungsverein.elbe-saale@t-online.de)

Freie ArbeiterInnen Union MD

(Anarchistische Gewerkschaftsinitiative)
Email: fauumd@fau.org **FAU★IAA**

Gruppe Z@nk

Email: Gruppe_Zank@hotmail.com

Harte Zeiten

Offene Jugendzeitung für Sachsen-Anhalt
Postfach 1106
39328 Hermsdorf
Tel.: 0177 / 2434264
Fax: 039206 / 51004
Email: HarteZeiten@gmx.de
<http://www.atglobal.net/hartezeiten/>



jungdemokratInnen - junge linke Sachsen-Anhalt

<http://www.jungdemokratinnen.de/lsa>
c/o IVVdN, Ebendorfer Str. 3, 39108 Magdeburg
0177/6378066 (Stefan)
Email: lsa@jungdemokratinnen.de
Büroöffnungszeiten jeden Dienstag ab 17.00 Uhr
in der Ebendorfer Str.3, Eingang Innenhof auf
der linken Seite hinter dem Restaurant
Der Rundbrief „Verhältnisse“ kann über o.g.
Adresse kostenlos bezogen werden.

Magdeburger Antifaschistischer Widerstand (MAW)

Postfach 1902, 39009 Magdeburg
Email: MAW_Magdeburg@gmx.de

Rote Hilfe MD

Email: magdeburg@rote-hilfe.de
<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/rote-hilfe/magdeburg/>



Wabe e.V. (Wohnprojekthaus)

Thiemstraße 13
39104 Magdeburg

Den Störenfried erreicht ihr über folgende
Kontaktadresse:

Der Störenfried
Postfach 1943
39009 Magdeburg

eMail: der-stoerenfried@gmx.net
Online: <http://der-stoerenfried.exit.de>